

KALKAR JULI '81

Den Ermittlungsausschuss, (Von wegen Gedächtnisprotokolle, Zeugen aus sagen über Räumungen, Verletzungen usw.) macht die B.I. Moers "BAUM" tel 02841/52584.

INHALT:

	seite
LIEBE LESER	1
KALKAR ,ANNO ATOMINI 1981	2
DER OBERKREISDIREKTOR brief, betr. Holztransort	27
FORTSETZUNG DES REAKTORPROJEKTS KALKAR ZWEIFELHAFT ?	30
DER PROZESS	32



Herausgeber: B.I. STOP KALKAR;

ZU BESTELLEN BEI:
B.I. STOP KALKAR
Haus am Damm
zum Breipott 48
4190 Kleve.
tel 02821-9614

PREIS: 3.- DM + Porto.

Spendenkonto: 2999
Volksbank Kalkar.

Druck: Vrije Nijmegen.

Liebe Leser!

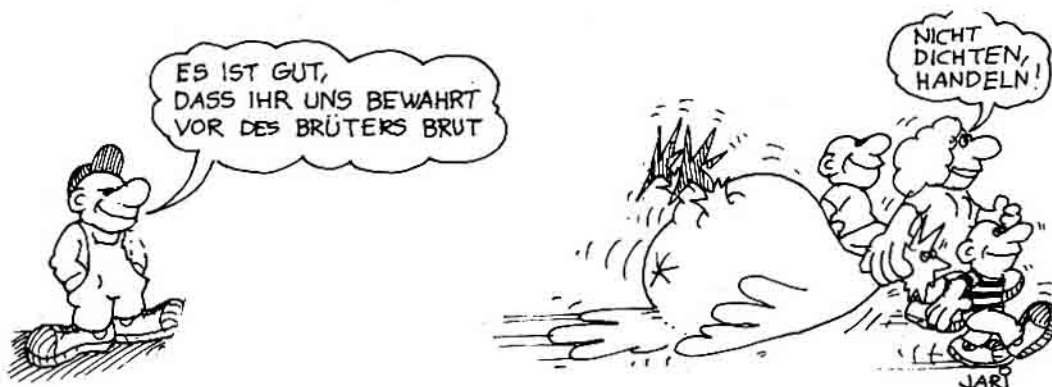
Mit dieser Broschüre wollen wir den Widerstand gegen den "Schnellen Brüter" in Kalkar während der letzten Monate zusammengefasst darstellen. Worüber wir hier nicht schreiben können ist die 10jährige Geschichte des Widerstandes. Uns geht es in diesem Heft darum, den aktuellen Stand der Ereignisse zu schildern. Angefangen beim Maicamp '81 im Freundschaftshaus, berichten wir über das Entstehen und den Verlauf des Stop-Kalkar Festes (das den Auftakt für den Bau des Antiatom-Dorfes bilden sollte) und die Ereignisse danach bis zum Wochenende vom 29./30. August. Dazu kommt ein Bericht über den augenblicklichen Stand des "Schnellen Brüters".

Wir wollen damit eine Grundlage dafür schaffen, dass unser Widerstand wieder von einer breiteren Basis, im Landkreis und am Niederrhein, getragen wird und hoffen, dass (diese holländischen Schreibmaschinen haben einfach kein ess-zet) dass immer mehr Leute sich an dem Kampf gegen den "Schnellen Brüter" beteiligen.

Alle Leute die aktiv mitmachen wollen, treffen sich am jeweils ersten Sonntag im Monat um 14Uhr am Freundschaftshaus, wo es dann um die weiteren Perspektiven unseres Widerstands geht.

Wir hoffen dass(!) ihr durch -und trotz- dieser Broschüre wieder den Mut -und die Wut- findet, euch am Kampf gegen den Brüter und den Atomstaat zu beteiligen. (Ihr könnt ja schon mal anfangen damit, indem ihr ein bisschen bei der Verbreitung dieser Broschüre helft!)

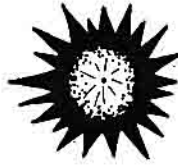
Bis dann
die Leute vom Freundschaftshaus



An diesem Heft haben mitgearbeitet: Jochen, Reinhard, Wolfgang, Achim, Uli, Sylvia, Susanne, Hans, Eddie
Vielen Dank an alle die uns mit Fotos und anderem Material geholfen haben.
Die meisten Karrikaturen sind von Jari, der macht übrigens-Achtung, plumpe Werbung- auch für '82 wieder an einem Umweltkalender mit, zu bestellen bei Jari, Haus Rath, Ratherstr.211 415 Krefeld



KALKAR, ANNO ATOMINI 1981



Kalkar - damit verbinden die meisten den Polizeiterror bei der Grossdemo 77.

Danach - sehen wir einmal von einigen Strohfeuern ab - lief in Kalkar eigentlich nichts Bewegendes mehr.

Auch im Brueter wurde es ruhig - die letzten Teilerrichtungsgenehmigungen blieben aus. Dieser Stillstand wurde durch die Offensive der nordrheinwestfaelischen Genehmigungsbehoerden beendet.

Minister Farthmann kuendigte an, dass der Brueter 1984 in Betrieb gehen soll. Die letzten beiden noch ausstehenden Teilerrichtungsgenehmigungen will er noch in diesem Jahr erteilen.

Dieses Vorgehen, das die Entscheidungen der Gerichte und des Bundestags durch das Schaffen von vollendeten Tatsachen unterlaufen will, zeigte zunaechst keinerlei Wirkung auf die deutsche und hollaendische Anti- AKW-Bewegung.

Die Stop-Kalkar-Initiativen mussten sich eingestehen, dass sie ihre Arbeit vor Ort vernachlaessigt hatten.

Freundschaftshaus

Ende 80 wurde die Arbeit dort wieder aufgenommen, wo sie 1977 nach der Grossdemo aufgehoeht hatte:

Bei der Einrichtung des ehemaligen Melkstalls des Bauern Maas als Informationszentrums.

Dieses wurde 1977 vom Oberkreisdirektor mit der Begrueundung geschlossen, dass unsere Informationsarbeit im Freundschaftshaus die oeffentliche Sicherheit und Ordnung gefaehrde und nicht im Einklang mit dem Landschaftsschutzgesetzstehe. (Wesentlich besser harmonieren da schon Landschaftsschutzgesetz und der "Schnelle Brueter" mit eigenem Informationszentrum !)

Mit zahlreichen verwaltungstechnischen Kniffen wurde unser Antrag abgelehnt, im Freundschaftshaus Informationsarbeit machen zu duerfen.

Der Widerspruch gegen diese Entscheidung versumpfte im Instanzweg.



Melkstatt vor den Aktionstagen im Mai 81

Nachdem wir drei Jahre lang auf eine endgueltige Entscheidung gewartet hatten, entschlossen wir uns, unser Informationsrecht politisch durchzusetzen, politisch, d.h. dass auch wir, wie Farthmann, Fakten setzen.

Wir begannen im Herbst 80 mit dem Innenausbau des Freundschaftshauses. Ueber Zeitungsannoncen wurden Pachtvertraege angeboten.

Gelegenheit - Gelegenheit Gelegenheit - Gelegenheit

Für Individualisten, die das Besondere lieben: Ideales Baucelände in sonniger verkehrsgünstiger Lage zu verkaufen. Die Bürgerinitiative „Stop Kalkar“ bietet an: Tausend Grundstück(!) mit einer Größe von jeweils einem Quadratmeter zum Preis von lappischen 10 Mark. Die Grundstücke liegen in unmittelbarer Nähe des idyllischen Städtchens Kalkar. Ein zur Zeit noch die Aussicht zum Rhein versperrendes industrielles Großprojekt wird in den nächsten Jahren sicherlich wieder abgebaut. So oder so oder auch anders. Von den Pächtern wird erwartet, daß sie sich liebevoll um ihre Grundstücke kümmern und sie jederzeit gegen jede äußere Bedrohung schützen. Gegen Überweisung von zehn Mark auf das Konto 2999 der Volksbank Kalkar wird den Mitpächtern in Kürze der Pachtvertrag zugeschickt werden. Laß euch diese krisensichere Kapitalanlage nicht entgehen! Rudi Bahro hat das schon kapiert und ist bereits Großgrundbesitzer in Kalkar geworden.

Mai camp

Vom 1. bis 3. Mai fand am Freundschaftshaus ein Aktionscamp statt.

Ein Spendenaufruf des BBU brachte 14 000 DM fuer die Errichtung des Windrades ein. Diese 14 000 DM reichen aber immer noch nicht aus. Weitere Spenden werden erbeten, damit wir unser Vorhaben verwirklichen koennen.

Paar nette Aktiönchen in Kalkar

Dann wird der Brüter umgepflügt

TAZ / 8.5.81

Kalkar (taz)...dann wird der Brüter umgepflügt - Als Lied kams schon ganz gut über die Lippen. Am Wochenende 1. bis 3. Mai haben wir uns mit mehr als 200 Leuten aus über 20 Initiativen aus Holland und NRW in Kalkar getroffen, um den Kampf gegen den Schnellen Brüter für die nächste Zeit zu bestimmen.

SPENDENKONTO
Volksbank Kalkar
Ko Nr. 2999

Wir einigten uns darauf, auf unseren Grundstuecken ein Huettendorf zu errichten. Dieses Anti-Atom-Dorf sollte unseren Widerstand gegen den Weiterbau des Brueters ausdruecken.

Der Brueter wurde und wird gebaut, ohne dass es dafuer endgueltige gesetzliche Grundlagen gibt. So nahmen wir uns das Recht, unsere Vorstellungen vom friedlichen Zusammenleben direkt vor diesem Symbol einer menschenfeindlichen Wachstumsgesellschaft zu verwirklichen.

In diesem Zusammenhang ist auch die geplante Errichtung eines Windrades zu sehen.

Technische Daten des Windrads:

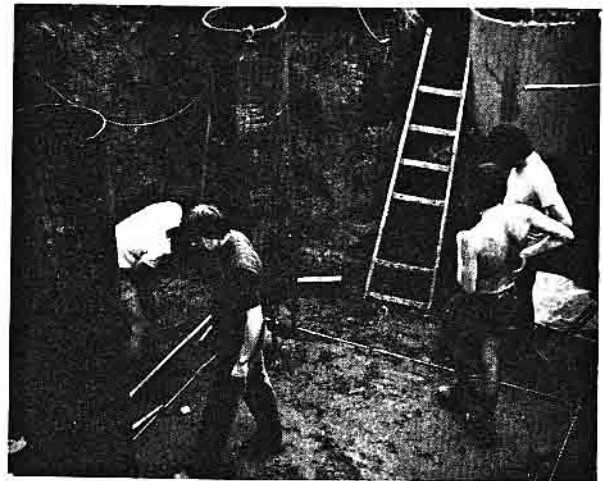
Leistung: 10 KW
Hoehe Rotorwelle: 22 M
Fluegel: Material: Holz
 drehbar
geeignet fuer Netzspeicherung
Marke: Windmoller
Abstimmung auf Windrichtung durch Servo.

Windmuehle

Am Anfang haben sich einige Leute aus verschiedenen BI's aus der BRD und den Niederlanden zusammengetan, um eine Windmuehle am Freundschaftshaus zu bauen, die eine Alternative zu den modernen Grosstechnologien darstellen sollte.

In Hoek van Holland haben sich einige Leute in der staendigen Ausstellung ueber alternative und dauerhafte Energiequellen informieren lassen.

Eigentlich hatten wir vor, uns selber eine Muehle zu bauen. Dieses Vorhaben mussten wir aus zeitlichen Gruenden aendern. Also haben wir uns entschlossen, eine fertige Muehle aufzustellen. Es ist uns gelungen, eine sehr grosse Muehle fuer wenig Geld zu bekommen. Da es fuer uns nicht moeglich war, eine Baugenehmigung fuer unser Windrad zu bekommen, haben wir angefangen, das Fundament ohne Genehmigung zu legen. Auf diese Weise wollen wir einen Probeprozess ausloesen, der zugleich ein Protest gegen bestehende Baugesetze darstellen soll, die es uns verbieten, alternative Energien in Form von Windkraftturbinen zu benutzen.



Bau der Windmühle

Vorbereitung

Der Aufbau des Huettendorfes sollte mit einem Musikfest beginnen. Das Freundschaftshaus wurde wieder mit Informationsmaterial ausgestatten. Gleichzeitig fingen Windmuehlen- und Festgruppe mit ihren Vorbereitungen an. Begleitet wurden unsere Arbeiten von Bespitzelungen und Behinderungen durch die Polizei, dabei wurde selbst vor Festnahmen nicht zurueckgeschreckt. Da wir uns durch diese Einschuechterungstaktik jedoch nicht vertreiben liessen, versuchten die Behoerden mit Androhungen von Geldbussen bis zu 50 000 DM den Eigentümer, Bauer Maas, weizukochen.





Ausschnitt aus einem Brief der BI STOP KALKAR vom 2. Juni 81

Nachdem der Kreis über ein Jahr trotz entsprechender Berichte in der Presse nicht reagierte, erreichte uns Ende Mai dieses Jahres eine Verfügung, in der wir erneut aufgefordert wurden, unsere Informationsarbeit zu unterlassen. Dem Verpächter wurde auferlegt, durch Anbringen eines Schlosses das Informationszentrum zu schliessen. Nachdem wir dieser Aufforderung diesmal nicht nachkamen, reagierte die Kreisbehörde in einer Art, die wir wegen der Unglaublichkeit wörtlich zitieren wollen:

"Gemäss Paragraph 64 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NW (VwVG NW) vom 25.6.1962 i.d.F. der Bek. vom 27.1. 1970 (GV NW S. 36/SGV NW 232) setze ich das angedrohte Zwangsgeld von

1 000,- DM

hiermit fest.

Dieser Betrag wird mit Zustellung dieser Festsetzungsverfügung fällig und ist sofort zahlbar.

Sie können die Anwendung des Zwangsmittels durch Vornahme der Geforderten Handlungen abwenden.

Aus ihrer Widerspruchsbegründung vom 1.6.81 sowie der Besprechung, zwischen Ihnen und dem Leiter der Schutzpolizei geht hervor, dass Sie den früheren Melkstall nicht mehr landwirtschaftlich nutzen und aufgrung der angebotenen Verpachtung an die Bürgerinitiative auch nicht mehr nutzen wollen. Da Sie die ungenehmigte Nutzung des Gebäudes weiterhin zulassen und durch ihr Verhalten fördern, wird auch Ihnen hiermit das Betreten dieses Gebäudes untersagt. Sie müssen daher die verfügte Nichtbenutzung und Schliessung des Gebäudes auch gegen sich gelten lassen.

Für den Fall, dass Sie dieser Aufforderung sowie meiner Verfügung vom 27.05.81 auch weiterhin nicht Folge leisten, drohe ich Ihnen folgende Zwangsmittel an:

Zu Nr.1 und 4 meiner Verfügung gemäss Paragraph Abs.1 i.V. mit Paragraph 57 Abs.1 Nr 1,59 VwVG NW die Ersatzvornahme durch Fortschaffen der Stühle und Bänke sowie der Anbringung eines Schlosses an der Eingangstür des Gebäudes auf Ihre Kosten durch einen anderen.

Die Kosten dieser Ersatzvornahme werden auf vorläufig DM 5 00,- veranschlagt.

Zu Nr.2 gemäss paragraphen 55,56,60,62 VwVG NW die Festsetzung eines weiteren Zwangsgeldes in Höhe von 2 000,-.

Zu Nr 3 sowie hinsichtlich des in dieser Verfügung Ihnen gegenüber ausgesprochenen Betretungsverbot gemäss Paragraph 55 Abs.1 i. V. mit Paragraph 57 Abs.1 Nr.3 ,62,63 VwVG NW den unmittelbaren Zwang durch Versiegelung des Gebäudes. "

Unser Verpächter soll durch die Bedrohung seiner Existenzgrundlage gezwungen werden, die Pachtverträge mit der Pächtergemeinschaft zu kündigen.

Wenn wir unsere Informationsarbeit beginnen würden, befänden wir uns in einem ungesetzlichen Zustand.

Der Verdacht liegt nahe, dass die Kreisbehörde bewusst eine Strategie anwendet, uns wegen Widerstand gegen das Milliardenprojekt in einen ungesetzlichen Rahmen zu drängen, um so einerseits die Aktiven unter uns kriminalisieren zu können und andererseits die sogenannte schweigende Mehrheit einzuschüchtern.

Viele von uns sind enttäuscht, verzweifelt oder wütend.

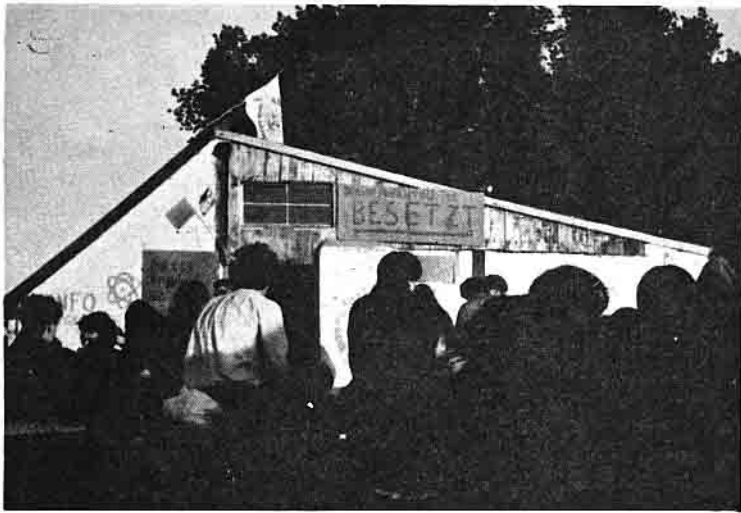
Nachdem wir eine Versiegelung nur verhindern konnten, indem wir das Informationsmaterial herausräumten, verlegte der Oberkreisdirektor seine Argumentation mehr auf den Weiterbau der Windmühle (das Fundament war zu diesem Zeitpunkt schon gegossen) und die Errichtung des Anti-Atom-Dorfes. Hierbei wurden 8000DM Zwangsgeld und die weitere Steigerung bis auf 50.000 DM angedroht.



Besetzt

Am Donnerstag vor dem Fest wurde das Freundschaftshaus von uns besetzt, um erst einmal Bauer Maas aus der Schusslinie zu ziehen.

Die Polizei trat jetzt in Aktion und sperrte die Zufahrtswege zum Freundschaftshaus mit ihren Fahrzeugen. Zelte, Holz und Baumaterial wurde nicht mehr durchgelassen. Gegen Mittag kam ein Traktor mit einem Anhänger voller Bauholz für die Bühne. Beim Versuch, das Holz längs der Wiese abzuwerfen, zeigte die Polizei, wie ernst sie es damit meinte, keine Bauaktivitäten zu dulden. Sie stoppten den Traktor und drohten den unverdrossen Abladenden im weiteren Verlauf auch mit der chemischen Keule. Das Holz wurde beschlagnahmt und wir erhielten die Zusage, die Bühne aus Anhängern zusammenstellen zu können.



Der Melkstell ist besetzt.



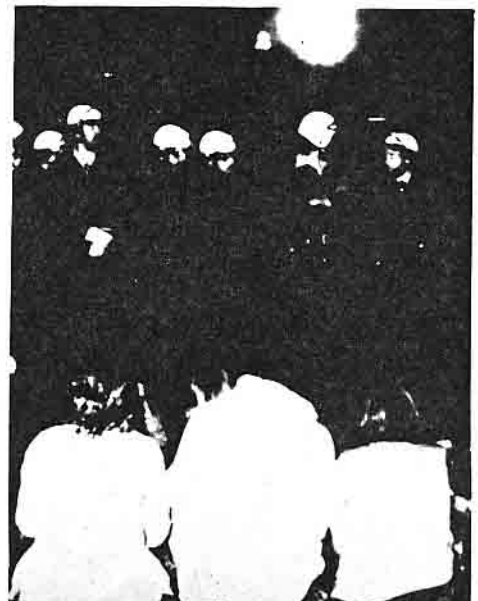
inzwischen haben wir ein besseres Klo als dieses



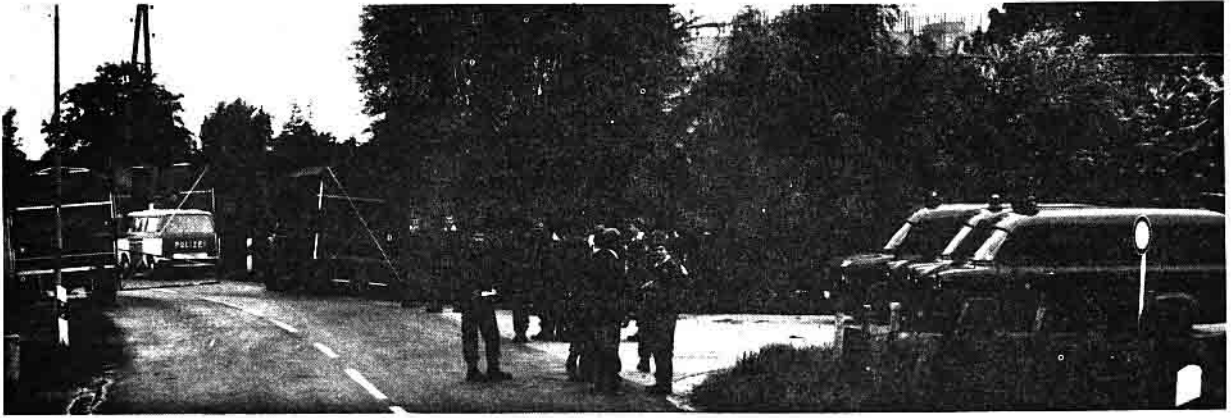
Die Polizei behindert den Holztransport.



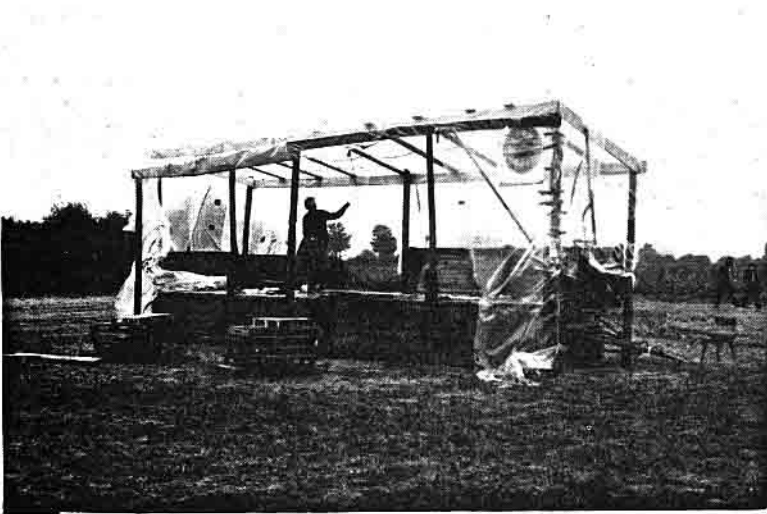
Polizeieinsatz am Donnerstagabend



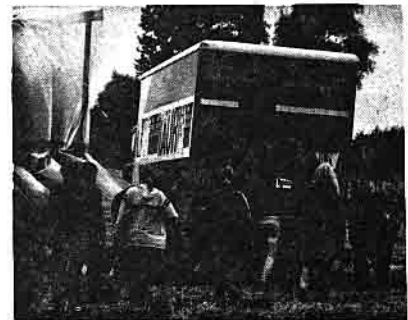
Aufgebot der Gewalt



Strassensperrren



Dieses Regendach soll wieder geräumt werden.



Die Musikanlage kommt an.



Das Festival beginnt.

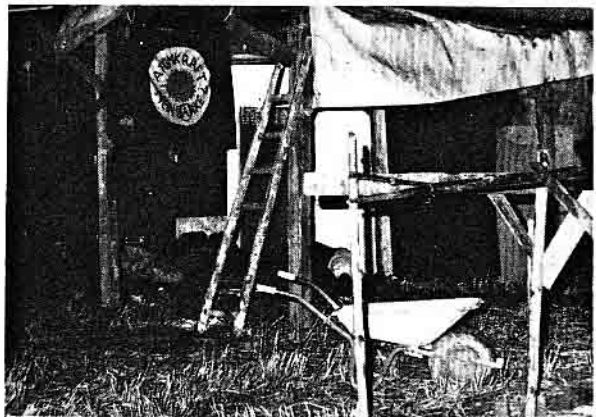
Im Laufe des Tages wurden durchgeschmuggelte Zelte aufgebaut und die Vorbereitungen für's Fest weitergeführt. Abends war die Stimmung recht gut, bis die Polizei gegen Mitternacht den ungefähr 50 Leuten ihre Zelte abräumte. Eine Hundertschaft machte sich bei Flutlicht über die ca. 8 Zelte her. Ohne dass wir uns vorher abgesprochen hatten, setzten sich die meisten in die Mitte zwischen die Zelte und gaben deutlich zu erkennen, dass von uns keine Gewalt ausgehen würde. Einige leisteten passiven Widerstand, indem sie sich auf oder vor ihre Zelte setzten. Um diese Behinderung ihrer Aufgabe zu beseitigen, wurde dann die ganze Skala der "kleineren" Gewalttätigkeiten genutzt, angefangen von Fusstritten und an den Haaren zerren bis zum Einsatz von Hunden und der chemischen Keule. Als Folge dieses Einsatzes musste einer von uns im Krankenhaus behandelt werden. Bezeichnenderweise führte die Polizei einen vorübergehend Festgenommenen in den Brüter ab. Trotz alledem: am selben Abend wurden erneut Zelte aufgebaut, dieses Mal direkt beim Haus.



Freitag 24.7.

Freitag morgens um 9 Uhr wurden die Leute in den Zelten von der Polizei geweckt und ihre Zelte beschlagnahmt. Nachdem die Hundertschaften wieder abgezogen waren, wurden sämtliche Wege zum Freundschaftshaus mit Mannschaftswagen gesperrt. Jetzt konnten die Schikanen richtig losgehen: Wegen jedem Wagen, der für das Fest unbedingt notwendig war, musste verhandelt werden. Klowagen, Verstärkeranlage und die biologische Küche kamen teilweise erst nach langem Palaver durch, Bier, Wein und Saft wurden nicht durchgelassen. Begründung: Flaschen sind als Wurfgeschosse geeignet. Dass wir davon schon etliche auf dem Platz hatten und die Polizei sich bei keiner ihrer Räumungen dafür interessierte, zeigte uns, dass es nur darum ging, den Ablauf des Festes zu stören. Also wurden Flascheninhalte in Ka-

nister gefüllt und dann zu Fuss zum Platz gebracht, Wagen durften schliesslich nicht mehr passieren. Irgendwann erschien auch noch einmal eine ganze Kolonne Mannschaftswagen auf dem Platz und die Polizisten sassen ab. Man erklärte uns, dass zwar die Bühne erlaubt sei, aber nicht die primitive Regenüberdachung, die sie nun abbauen müssten. Einem zufällig anwesenden WDR-Team gegenüber brachte der Einsatzleiter dann aber nur noch ein verlegenes Drucksen heraus, die Kamera linse trug schliesslich dazu bei, dass der ganze "Irrtum", der für uns hätte entscheidend werden können, sich aufklärte und es "Kehrt, Marsch!" hiess. Endlich konnte das Fest beginnen. Bis 20 Uhr spielte an diesem Abend Checkpoint Charlie, Rohfaser aus Goch, Terra aus Elten und das Nijmegen Blues Kollektiv. Währenddessen wurde über Trampelpfade und querfeldein Holz und Kisten mit Apfelsaft herangeschafft, alles illegal.....



eine der wenigen Hütten

Samstag, 25.7.

Am Samstag gegen 8 Uhr ging die Konfrontation mit der Polizei weiter. Die über Nacht aufgebauten Hütten wurden von drei Hundertschaften eingerissen und abtransportiert. Dabei wurden zwei Leute durch Hundebisse verletzt. Nachdem die Polizei sich scheinbar zum Rückzug formiert hatte, stürmte sie für uns völlig unerwartet das Freundschaftshaus. Beide Eingänge wurden abgeriegelt und die Tür eingetreten.

Bei der Durchsuchung des Hauses gab es kein konkretes Ergebnis ausser einer weiteren Verletzung durch einen Hundebiss. Die Stimmung war so, wie sie eben sein kann, wenn man morgens durch hunderte weiss behelmter Beamter geweckt wird und schon vor dem Frühstück die ersten Leute verletzt werden.

Dafür gaben uns die Bullen (Man bemerke jetzt die Änderung der Terminologie! die Tipperin) auch wieder Grund zum Lachen, als sie vergassen, ihre Posten hinter dem Freundschaftshaus abzuziehen, während das Kommando schon auf dem Rückzug war. Schliesslich zogen auch die letzten bedröppelt ab.



Geschmuggeltes Baumaterial wird abgeladen.



Solche provisorischen Regendächer liess der OKD durch die Polizei räumen.



Auf der Bühne war es wenigstens trocken.



Anfänge des Anti-Atom-Dorfs





Vollversammlung



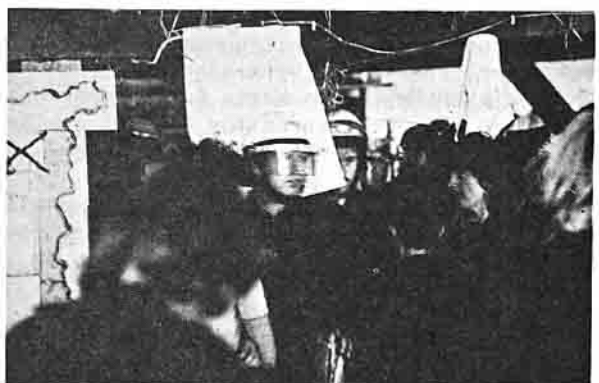
Der Info-Tisch war manchmal etwas spärlich.



Über den Anfang des Festivals sind wir nicht hinausgekommen.



Samstagmorgen wurden wir unsanft geweckt.



Durchsuchung des Freundschaftshauses

Während dann die Hundertschaften endgültig den Platz verliessen, wurden unter grossem Gejohle -hepp--hepp--liepp---- zwei Helme und ein Gummiknüppel erbeutet. Trotz dieser Aufheiterung blieben wir ziemlich geschlaucht zurück.

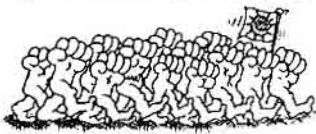
FRUST

Mit ähnlichen Gefühlen kamen dann im Laufe des Tages immer mehr Festbesucher an, nachdem sie sich zum Teil mehrmals haben fillen lassen müssen.

Die Niedergeschlagenheit verstärkte sich durch aufziehende Regenwolken. Einige begannen im Regen, sich erneut Unterstände zu bauen.

Gegen Mittag begann die Musik, das Fest musste jedoch wegen heftigen Regenschauern unterbrochen werden.

Die Festwiese löste sich immermehr in Schlamm auf, und die Leute suchten Schutz



im total überfüllten Freundschaftshaus, auf der Bühne und unter den provisorischen Regendächern. Diese Situation nutzte die Polizei aus, um ihre Überlegenheit und Macht zu demonstrieren. Drei Hundertschaften zogen schliesslich auf drei Seiten der Wiese auf und kündigten an, uns unsere Regenunterstände zu nehmen. Obwohl wir in einer Vollversammlung kurz vorher uns nicht einigen konnten, was zu tun sei, schafften wir es schliesslich doch, uns geschlossen in einer Kette vor die kläglichen Anfänge (oder Reste) unseres Anti-Atom-Dorfes zu stellen. Daraufhin stoppte der Vormarsch der Polizei. Irgendwie kam dann ein herumliegender Ball ins Rollen und es entwickelte sich ein Fussballspiel, an dem sich die Polizei jedoch nur mässig beteiligte: Grün-weiss konnte sich kaum aus der Defensive lösen.

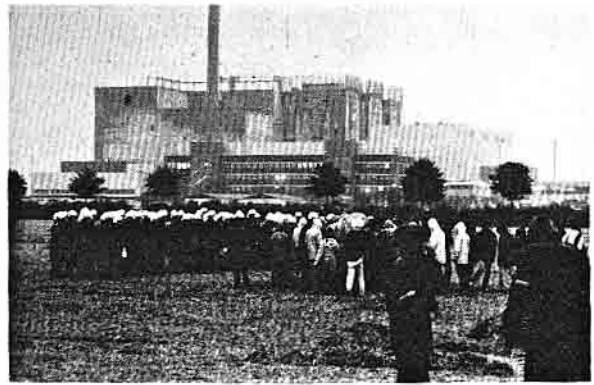
Spontane Offensiven aus der Tiefe des Ackers führten bald zu einem eindeutigen Übergewicht der Bunten, die dieses "Spiel um's Dorf" schliesslich für sich entscheiden konnten. Grün-weiss verliess irritiert den Platz.

Auf der folgenden Vollversammlung war uns klar, dass wir mit Entschlossenheit und Witz die anstehende Räumung verzögert, aber nicht verhindert hatten. Unter diesen Umständen hatte keiner mehr Lust zu feiern. Das Fest wurde für beendet erklärt. Die Technik der Behörden war uns klarge worden:

Trotz Zusage wurde mit allen möglichen grossen und kleinen Schikanen der Ablauf des Festes unmöglich gemacht.

Durch den Regen waren nie mehr als 1500 Besucher auf dem Platz. Viele waren wegen des Regens zurückgefahren, viele hatten aber auch bei Bauern in Hönnepel Schutz vor dem Regen gefunden.

Die Vollversammlung an diesem Abend blieb ohne konkretes Ergebnis.



Die Mannschaften ziehen auf.



Als das Spiel einmal begonnen hat...



gerät Grün-weiss rasch in die Defensive.



Geschlagen zieht sich Grün-weiss vom Feld zurück.

Sonntag, 26. 7.

Eigentlich wollten wir am Sonntagmorgen weiterdiskutieren, doch die Polizei war schneller. Um 8.30 Uhr wurden wir erneut von Hundertschaften überfallen. Jetzt sollten die am Vortag noch verschonten Reste des Dorfes geräumt werden. Schlaftrunken, aber doch mit einer gehörigen Portion Wut im Bauch, klammerten sich einige an ihre dürftigen Hütten.



Um die Räumungsaktion zügig durchzuführen, wurden Hunde eingesetzt. Zwei Leute wurden durch Hundebisse verletzt. Einer von uns versuchte, Zivilbulle am Fotografieren zu hindern, indem er die Kameralinse mit Lehm verschmierte: Zu Boden reissen, Schlagstock, Fusstritte..... Zur Hilfe Eilenden erging es genauso, einer von ihnen wurde abgeführt. Leute die auf einem Ausguck in einer Baumkrone sassen, wurden unter Anwendung der chemischen Keule heruntergeholt. Ein Hinzukommender wurde gepackt, hinter die Hecke gezogen und von mehreren Polizisten zusammengeschlagen. Im Mannschaftswagen wollten sie dann seine Personalien feststellen, aber auf die Aussage hin, der Personalausweis läge im Freundschaftshaus, passierte nichts: Er wurde nach Klevezur Wache gebracht und dort noch Stunden festgehalten.

Nach dieser Aktion verschwand die Polizei wieder. 20 Leute fuhren spontan nach Kleve, um sich um die Festgenommenen zu kümmern. Die Stimmung, die nun herrschte, ist schlecht zu beschreiben. Am Tag zuvor war uns vom Einsatzleiter gesagt worden, dass er nicht räumen würde, weil er lediglich den Auftrag hätte, den Bau von Hütten und Zelten zu verhindern. Was er vorgefunden hätte, wären aber nur Regenunterstände gewesen. Heute galt dies alles nicht mehr. Heute gefährdeten diese Unterstände die öffentliche Sicherheit und Ordnung so sehr, dass dafür Menschen geprügelt, getreten und mit chemischer Keule besprüht sowie durch Hunde angegriffen wurden.

Wenn solche Praktikennachher von den hohen Herren als rechtmässig und über jeden Zweifel erhaben verteidigt werden (und dies ist nicht das erste Mal), dann soll sich niemand wundern, wenn wir sagen: Legal? Illegal? Scheisseegal !!

Legal ist immer das, was ihr tut und illegal das, was wir tun!

Um die Öffentlichkeit über diese Schweinereien zu informieren und vor allem, um die Leute freizukriegen, die morgens festgenommen worden waren, zogen Hunderte zur Reeser Rheinbrücke um sie zu besetzen.

Beim ersten Mal:
Angst vor dem provozierendem
Aufgebot an Gewalt.

Beim zweiten Mal:
Angst vor dem Hundem, an
ihren Leimen zerrond.

Beim dritten Mal:
Angst vor dem Specialtrupps
auf 'o Knüppeln geschult!

Beim vierten Mal:
Angst, weil da keine Angst
mehr war
nur noch Nut und eis-
kalter Hgß.

Räumungen

Besetzung der Reeser Rheinbrücke

Augenzeugenbericht vom Vorfall auf der Reeser Rheinbrücke

Kalkar, 26. Juli

".....Anfangs gab es Meinungsverschiedenheiten, an welcher Stelle man die Brücke blockieren sollte. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um den Punkt, an welcher Stelle die Brücke nicht so leicht zu räumen sei. Weil wir uns nicht einig wurden, hatte die Polizei Zeit genug, sich am Anfang der Brücke zu formieren. Als sich einige Hundertschaften vor uns aufgebaut hatten, begannen wir, Ketten zu bilden. Per Megaphon gaben wir unsere Forderungen der Polizei und der Presse bekannt. Es war eindeutig, dass von unserer Seite keine Gewalt ausgehen würde, sollte und konnte. Der Einsatzleiter sagte uns, dass angeblich



*Ständig mit dabei
war die Polizei*



Beim Abbruch der Regendächer und Zelte...



haben sie gründliche Arbeit geleistet.

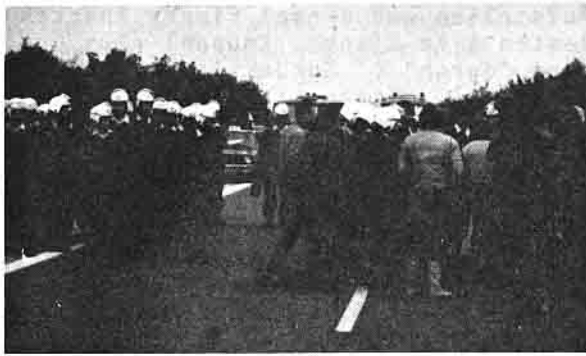


Auch der letzte Ast wird rausgerupft.



Immer in Aktion.

Räumung der neeser Brücke



Verhandlung mit dem Einsatzleiter



Das SEK prügelt "Terroristen".

Was dazu noch zu sagen wäre...

Die Personalien des einen Festgenommenen konnten noch nicht festgestellt sein, weil es sich bei ihm um denjenigen handelte, dessen Personalausweis bei der Festnahme im Freundschaftshaus lag und die Polizei nicht interessierte. Unter anderem auch dadurch kam es zu der Blockade der Reeser Rheinbrücke und dem Einsatz des Sondereinsatzkommandos (SEK), denn sonst wären die drei Festgenommenen vom Sonntagmorgen schon wieder frei gewesen. Ausschlaggebend für die Blockade war natürlich auch, dass die Polizei es geschafft hatte, uns durch ständiges schikanieren mit unsinnigen Einsätzen an der Durchführung des Festes zu hindern. (Der Konflikt zwischen Anti-Atom-Dorf und Recht und Ordnung spielte bei dieser Aktion die geringere Rolle, weil uns das schon von vorneherein klar gewesen war).

Wieso allerdings zur Räumung der Blockade ein SEK nötig war, ist bis jetzt noch offen geblieben.

Nach unserem gewaltfreien Widerstand während mehrerer Räumungen musste es eigentlich jedem klar sein (das wurde auch auf der Brücke laut und deutlich gesagt) dass von uns keine Gewalt auszugehen würde.

Das SEK wurde trotzdem eingesetzt.

Möglicherweise kam auch noch ein "Kommunikationsfehler" dazu. Der Polizeifunk soll zu dieser Zeit für ungefähr eine Stunde blockiert gewesen sein. Die Schlägerei ging dann für alle völlig überraschend los, ohne dass wir per Megaphon zur Räumung aufgefordert worden wären.

(3 solcher Aufforderungen sind vorbeschrieben, aber dafür gab es dann hinterher eine sehr eindrucksvolle durch einen Hubschrauber).

Wenn wir dem OKD Schneider glauben, also alles nur an einem Kommunikationsfehler gelegen hat und nicht "so" geplant war, dann ergibt sich daraus für uns trotzdem noch ein sehr interessanter Einblick in den angeblich so straff organisierten (oder zu straff?) Polizeiapparat:

Die Funkverbindung fällt aus, die Befehlsempfänger empfangen keine Befehle mehr und müssen selbständig handeln. Es entsteht eine vom Apparat nicht mehr kontrollierbare, chaotische Situation, in der die Beamten überlegt und selbständig handeln müssten. Sie haben bis jetzt nur den Befehl "hinten zu stören, um vorne die Verhandlungen zu beschleunigen". Das sieht dann nach Augenzeugenberichten so aus:

Der Truppführer: "Wir gehen durch!" und das einverständliche Kopfnicken der anderen Beamten (!). Breitbeiniges Aufstellen und einmal Finger knacken lassen à la Django. Knüppel raus und dann "durch" !! Zurückblieben 20 Verletzte, 12 müssen sich im Krankenhaus behandeln lassen. Auch schon auf dem Boden Liegende wurden noch geschlagen.

Es erscheint ein bisschen eigenartig wie weit es führen kann, wenn der Polizei ein Kommunikationsfehler unterläuft. Wenn es einer war.

Interessant wird es auch wieder hinterher, wenn die Verantwortlichen für diesen Einsatz es sich nicht verkneifen können einen Trupp zu lecken, der eben noch vor den Augen der Öffentlichkeit wie wild auf eine Menschenmenge losgegangen ist. Sie bewirken mit ihren deplazierten Versuchen zur "Ehrenrettung" gerade dieser Polizisten das genaue Gegenteil.

Auf's Neue stellt sich die Frage, was noch alles auf uns zukommt mit einem Staat, der einmal gespickt sein soll mit Atomanlagen. Zu ihrem Schutz wird es mehr Werkspolizei mit polizeiähnlichen Befugnissen geben, mehr SEK's, mehr Bereitschaftspolizei und zu den ohnehin schon vorhandenen Notstandsgesetzen werden Bestimmungen kommen, die im Interesse der Aufrechterhaltung von "Sicherheit und Ordnung" die Grundrechte im Umkreis von Atomanlagen einschränken.

Atomstaat, olé ?

Und genauso wie es absehbare Entwicklungen im Atomstaat BRD gibt, gibt es auch zwandläufige Konsequenzen aus dem Einsatz auf der Reeser Rheinbrücke: Wie jedesmal nach solchen Ereignissen, wird es beim nächsten Mal, wenn es zu einer zunächst vielleicht sogar sehr harmlos erscheinenden Konfrontation mit der Polizei kommt, einige mehr geben, die sich wegen ihrer Erfahrungen mit Helmen ausrüsten. Oder die sich aus Angst davor, gefilmt zu werden und hinterher für ihre eigenen Platzwunden evtl. als "Rädelsführer" verurteilt zu werden, mit einem Tuch vor den Videokameras der Polizei zu schützen.

Worauf dann ein Teil der Öffentlichkeit schreit: "Ja die kommen doch um sich zu schlagen!" Nein, aber die rechnen damit geschlagen zu werden !!

Übrigens: die Polizei trat uns grundsätzlich nur mit Helmen, Knüppeln, Pistolen, Nervenreizgas und Schildern gegenüber, Tücher vor dem Gesicht hat die Polizei ja nicht nötig: dieselbe Funktion erfüllt bei der Polizei der Vorgesetzte, der alles deckt. (siehe hierzu Literaturhinweise)

die Personalien noch nicht festgestellt seien, obwohl bereits vier Stunden seit der Inhaftierung verstrichen waren. Da wir auf unseren Forderungen bestanden, ging der Einsatzleiter zunächst zurück. Hier muss es wohl den Befehl zur Räumung gegeben haben. Als er zurückkam, sagte er, dass der Kreisdirektor den Befehl zur Räumung gegeben hätte. Da wir uns zu diesem Zeitpunkt alle auf den Einsatzleiter konzentriert hatten, bemerkten wir nicht, dass im gleichen Augenblick die Sondereinsatzkommando-Gruppe (SEK-Gruppe) von hinten in die Menge hereinknüppelte. Die Leute, die nicht schnell genug die Brücke verlassen konnten, wurden von mehreren Bullen gleichzeitig zusammenschlagen und -getreten."



Aktion beim Oberkreisdirektor in Kleve

Während ein Teil der im Freundschaftshaus anwesenden Leute zur Reeser Rheinbrücke zogen, bereitete eine andere Gruppe eine Aktion beim Oberkreisdirektor in Kleve vor. Wir wollten dem Verantwortlichen für die ständigen Polizeieinsätze demonstrieren, wie absurd und gleichzeitig bedrohlich seine vom Schreibtisch aus gefällten Entscheidungen in der Praxis aussehen. Mit Flugblättern, "Sandwichen", Musik und einem provisorischen Zelt ausgerüstet, statteten wir ihm persönlich einen Besuch ab. Durch Flugblätter informierten wir seine Familie und die Nachbarschaft über die Vorfälle der vergangenen Tage. In seinem Vorgarten wurde ein Regendach aufgebaut ähnlich denen, die von der Polizei aus Sicherheitsrunden abgeräumt wor-

den waren. Ein kleines Theaterstück sollte zeigen, dass wir seine Entscheidung für die Polizeieinsätze in Zusammenhang mit seiner Funktion als Beirat der RWE begreifen als Vertretung seiner persönlichen Interessen. Obwohl er leider nicht zu Hause war, hoffen wir, dass trotzdem die Informationen übergekommen sind.

Anschließend trafen wir die "Besetzer" der Reeser Rheinbrücke vor dem Klever Kreishaus, in dem eine Pressekonferenz stattfand. Dort hatten wir eine bessere Öffentlichkeit, die wir durch Flugblätter und "Sandwichen" informierten. Das Theaterstück wurde aufgeführt, und die Gruppe "Laut und Lästig" sagte durch Musik dafür, dass die inzwischen sehr schlechte Stimmung (Gefühle von Traurigkeit und Enttäuschung bis zu Wut und Aggressionen) wieder hob.

Inzwischen hatten einige die 12 Verletzten vom Krankenhaus abgeholt, und die Festgenommenen waren wieder auf freiem Fuss: Obwohl es uns jetzt etwas besser ging, blieben die Gefühle der Ohnmacht und Unterlegenheit bei uns zurück. Spuren davon sind die Sprühereien am Klever Kreishaus.

Wir warteten auf das Ende der offiziellen Pressekonferenz, um dann eine alternative mit unserer Darstellung der Vorfälle zu halten.

Für Unbeteiligte gaben wir ein zweifelhaftes Bild ab. Ziemlich verdreckt durch die Lehmruhe Freundschaftshaus, zum Teil blutverschmiert von den Prügeleien, reichlich kaputt und frustriert, entsprachen wir der Klischeevorstellung von Chaoten. So wurden wir bei der anschließenden spontanen Demonstration durch die Klever Innenstadt misstrauisch beobachtet. Nach diesem reichlich anstrengenden Wochenende zogen die meisten Festbesucher nach Hause. Nur ungefähr hundert Leute blieben im Freundschaftshaus, zäh und unverdrossen.





Musik und Theater vor dem kleiner Kreishaus



spontane Demo durch die kleiner Innenstadt

An den
Oberkreisdirektor Schneider
4190 Kleve

Die Ereignisse am Wochenende haben gezeigt, dass Sie und Ihr Polizeichef Zacharias Ihren Aufgaben nicht gewachsen waren. Zehn Jahre praktizierter Widerstand reichten nicht aus den Bau des Schnellen Brütters zu stoppen und Ihr Feindbild über uns AKW-Gegner abzubauen. Wir werden immer wieder versuchen, einen Baustopp dieses lebensbedrohenden Brütters zu erreichen.

Mit dem Aufbau eines "Anti-Atom-Dorfes" wollten wir praktisch beweisen, dass der Brüter und alle anderen AKW's nicht nur gefährlich, sondern auch überflüssig sind. Ein Teil des "Anti-Atom-Dorfes" sollte aus einer Modellausstellung alternativer Energiequellen bestehen, um deren Vorteile gegenüber der Kernenergie zu verdeutlichen. Es wurde beabsichtigt konkrete Modelle wie Sonnenkollektoren, Windmühlen, Bio-Gas-Anlage, Wärmepumpe, Solarzellen und Modelle von Häusern mit verschiedener Isolierung aufzubauen und auszustellen.

Es gilt die Natur zu verstehen und mit ihr zu leben. Der Aufbau vom Zusammenleben im Anti-Atom-Dorf sollte für uns eine Möglichkeit sein anders zu leben; einfach, friedlich, ohne Angst vor Kernenergie und Atomkrieg.

Monatelang wurden unsere Absichten gegenüber den in Ihrem Auftrag handelnden, uns laufend kontrollierenden Polizisten klar gemacht. Bei den zahllosen Polizeikontrollen konnte nur der Eindruck entstehen, es werden friedliche Aktionen vorbereitet.

So ist Ihre Reaktion:

- Sie haben uns verboten, vom Freundschaftshaus aus unsere Informationen und Ideen mitzuteilen.
- Sie beauftragten, uns von der Bevölkerung durch massive Polizeieinsätze abzuriegeln, um uns zu isolieren und zu kriminalisieren.
- Nur wer sich wie ein Krimineller durchsuchen liess, kam durch die Polizeisperren.
- Alles was wir brauchten für das Dorf und das Musikfest wurde beschlagnahmt: Holz zum Häuser bauen waren Waffen, Getränke waren Waffen, Zelte zum Wohnen und zum Schutz waren Waffen, selbst Plastikplane zum Regenschutz waren Waffen.
- Es wurde bei den zahlreichen Polizeieinsätzen zweimal Hausfriedensbruch begangen.
- Einer aus unserer Gruppe wurde von der Polizei mit dem Messer bedroht.

Diejenigen, die dennoch Hütten und Regendächer aufbauten, wurden sechsmal innerhalb von vier Tagen von bewaffneten Polizeieinheiten, die in Ihrem Auftrag handelten, angegriffen. Die Polizei benutzte: Sie chemische Keule, scharfe Hundestaffeln, Schlagstöcke mit Blei gefüllt und körperliche Gewalt. Kein einziger von uns hat einen Polizisten angegriffen. Nur unserer konsequenten Gewaltlosigkeit ist es zu verdanken, dass nicht noch mehr Menschen verletzt wurden.

Es ist Ihnen gelungen, unser Fest und den Aufbau des Dorfes zu zerstören, aber nicht unseren Widerstand gegen Ihre Zukunftspläne und die der Atomindustrie. Wir machen auf unserem gepachteten Grundstück weiter. Wir werden das Gelände landwirtschaftlich

nutzen; Hühner- und Ziegenställe etc. aufbauen, Tiere halten, Tiere züchten und voneinander lernen, Land zu bebauen.

Wir fordern Sie auf, uns das beschlagnahmte Baumaterial zurückzugeben.

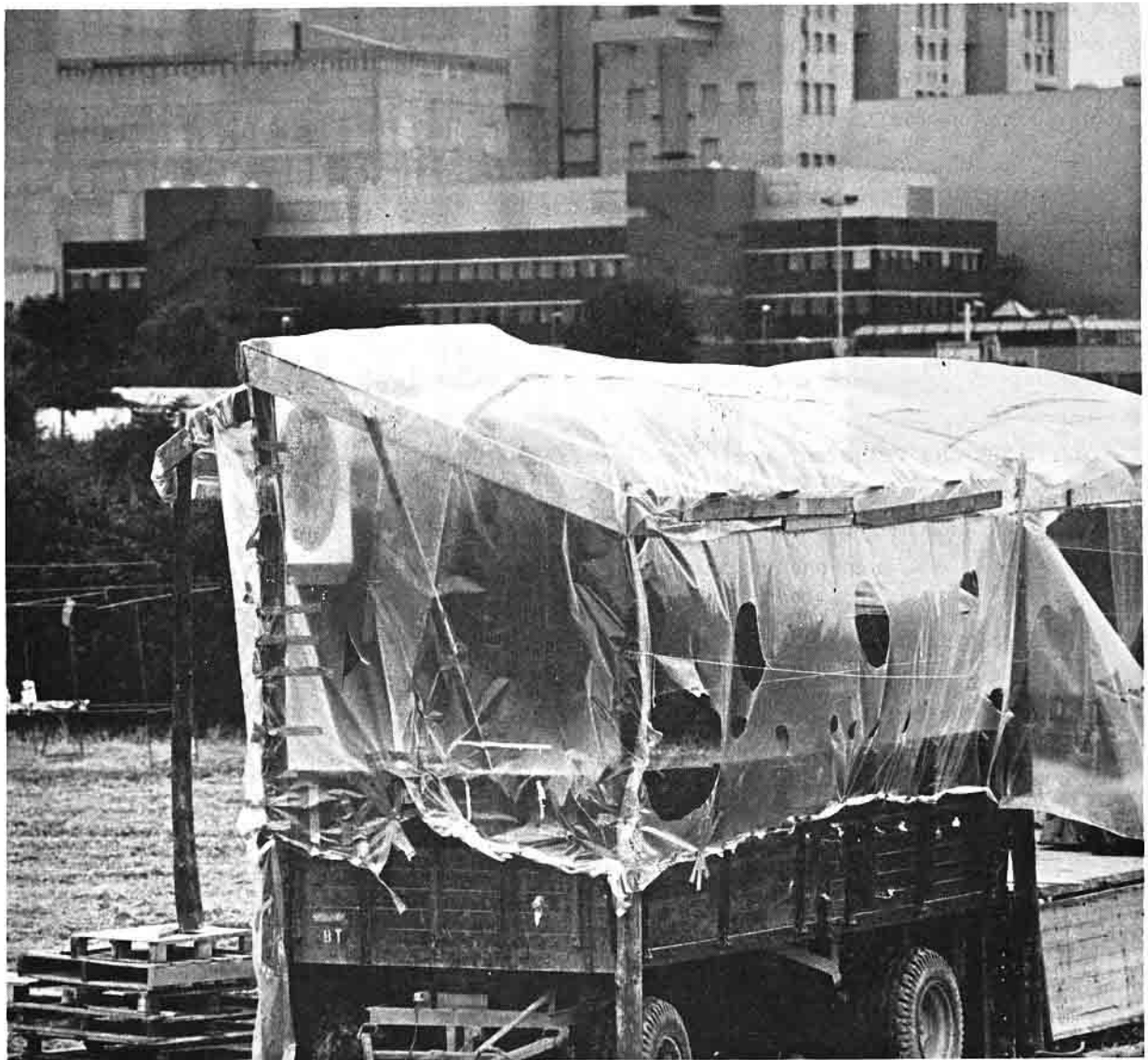
Wir fordern Sie auf, die verantwortlichen Schläger zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir fordern die Genehmigung, Windmühlen zu bauen.

Wir kündigen an; dass wir Strafanzeige und Schadensersatzansprüche stellen werden.

Wir fordern, dass Sie und der Polizeichef Zacharias als Verantwortliche zurücktreten !

gez. Bürgerinitiativen
Pächter des Grundstücks
Anwesende



Unter dem Brüten, da liegt der Strand,....

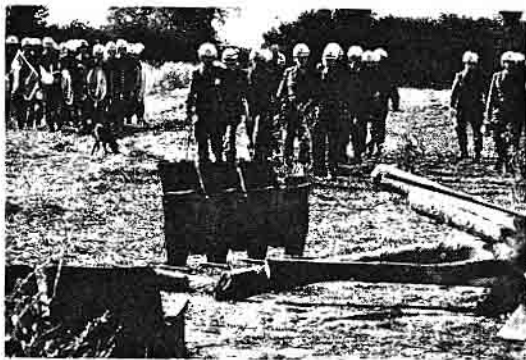
Montag 27.7.

Am Montagmorgen erschien die Polizei mit einem sehr vorsichtigen Einsatzleiter, der mehrmals in Abständen auftauchte um zu verhandeln. Zum Schluss war eine Hundertschaft auf dem Platz, alle sehr vorsichtig, besonnen und ruhig, die letzten herumliegenden Hölzer und das letzte Reisig werden beschlagnahmt, eine Betonmischmaschine und ein Betondeckel werden sichergestellt, alles mit Quittung, so wie es sich gehört.

Der Einsatzleiter gibt im Flüsterton zu, dass er doch schliesslich nicht ohne angemessenes Ergebnis zurückkehren könne.

Von da an hatten wir keinen Besuch von Hundertschaften mehr, sondern "nur" noch von kleineren Polizeigrüppchen.

Nicht unwichtig zu erwähnen ist noch, dass sehr viel von dem beschlagnahmten Material von der Polizei beschädigt wurde. Dies gilt vor allem für die zu Anfang einkassierten Zelte.



schon wieder ungebetene Gäste

Baumhütten

Nach der Räumung von Montagmorgen kam mit dem Gefühl, nun von den ständigen Besuchen der Polizei befreit zu sein, auch eine Ruhe auf, die lange gefehlt hatte. Allmählich setzte sich der Gedanke durch, das Anti-Atom-Dorf nicht weiter zu versuchen, um nicht wieder eine Hundertschaft Uniformen auf den Platz zu locken und um Ruhe zu haben, unsere eigenen Pläne weiterzuentwickeln und konkret daran zu arbeiten.

Gleichzeitig wurde uns dadurch unser bisheriges Ziel, der Bau des Anti-Atom-Dorfes, vorerst genommen. Der Zwang zu reagieren war verschwunden, es setzte eine Aufsplitterung der Gruppe ein, denn nun kamen die Ideen jedes Einzelnen stärker zum Tragen.

In den ersten Tagen dieser ersten Woche nach dem Fest hatten noch viele den Gedanken an Hütten im Kopf. Wir sprachen uns zwar soweit ab, dass Hütten vor dem Freundschaftshaus keine

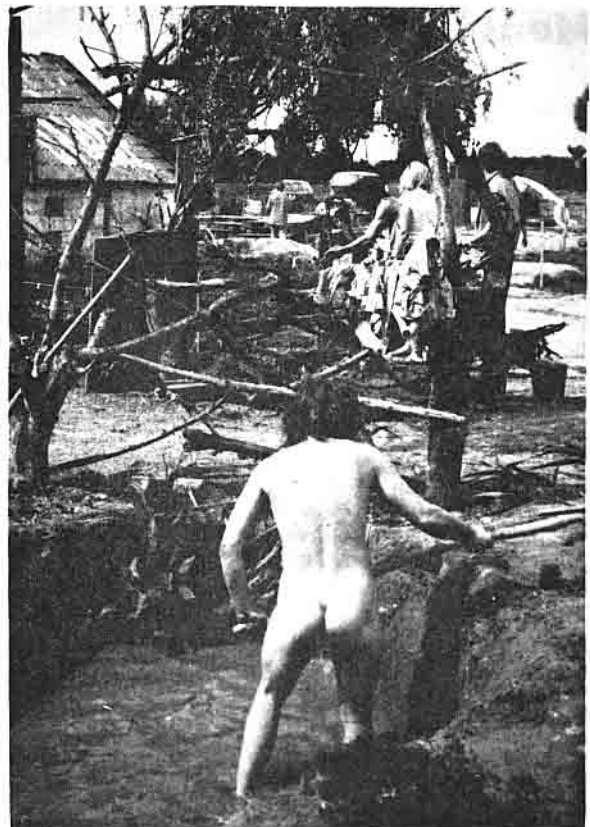
Chance hätten (zunächst), aber kurz darauf entstanden Hütten im "Wäldchen" hinter dem Freundschaftshaus und zwei Baumhütten in ziemlicher Höhe. Das lief zunächst einfach mal so, da wurde eben gebaut, nur einige schimpften über die sehr langen Nägel, die dabei in die Bäume geschlagen wurden. Dann tauchte der Besitzer des Wäldchens auf, direkt in Begleitung von Polizei und Bauamt und machte klar, dass er eine Anzeige erstatten würde. Dieser Besuch löste auf unserer Vollversammlung heftige Diskussionen aus, wobei auch das Argument der quasi tödlichen Wirkung der langen Nägel mehr Gewicht erhielt. Schliesslich wurden wir uns aber doch darüber einig, dass die Nägel aus den Bäumen gezogen werden sollten, dass aber sowenig Hütten wie möglich abgebaut werden sollten. In die Hütten, die aus dem Grund gebaut wurden, weil sie durch die Polizei nur unter grössten Schwierigkeiten geräumt werden konnten, hatten einige viel Energie gesteckt.

Krise

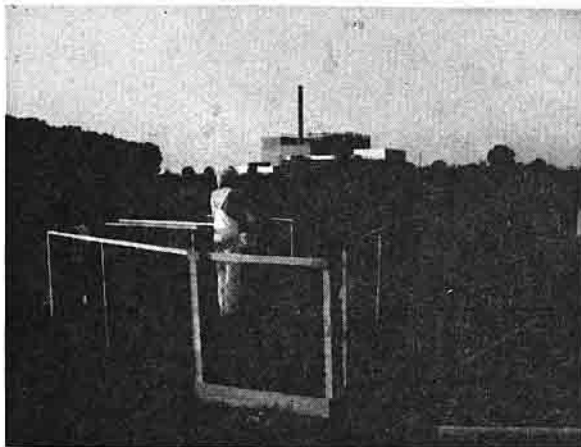
Andere stürzten sich auf die Gartenarbeit, ein Hühnerstall wurde gebaut, eine Veranstaltung für die Kalkarer Bevölkerung in einer Gaststätte vorbereitet. Die Idee, mit ein paar Leuten einen Bauernhof in der Nähe zu pachten, kam auf. Eine Kochgruppe wurde nötig, die Küche und auch das ganze Haus musste besser eingerichtet werden, die Pressearbeit musste wieder aufgenommen werden. Und dann knallte es direkt:

Einer flippte völlig aus, ihm stank das alles, es wurden ihm alles viel zu viele halbe Sachen gemacht, zu viele wussten überhaupt nicht, was sie anfangen sollten, was wichtig war. Er schmiss Tische um, drohte Leuten mit Prügel, verletzte zwar niemanden ausser sich selbst, fand aber dennoch Unterstützung eines anderen. Zusammen terrorisierten uns die beiden (Promille spielten auch eine Rolle) mit ständig wechselnden Aktionen die ganze Nacht lang. Am nächsten Morgen wurden beide rausgeschmissen, das war bis auf wenige Ausnahmen allen zuviel gewesen. Einer ging sofort. Er war aus seiner persönlichen Situation heraus zu verstehen, für die Gruppe aber nicht mehr zu verkraften. Der andere blieb noch trotzta einen Tag und verschwand dann unauffällig. Bei der Vollversammlung am Morgen nach dieser schrecklichen Nacht war die Gruppe völlig kaputt: Einige mit den Nerven so fertig, dass sie unter Tränen schreiend den Rausschmiss forderten, und andere schockiert darüber, dass wir nun

Am Freundschaftshaus



Die Kanalisation wird gelegt.



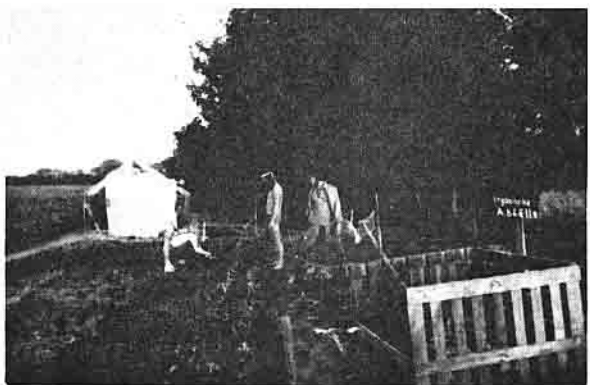
Hühnerstall



Holländischunterricht



Man informiert sich.



Gartenarbeit

anscheinend auf Leute, die sich völlig extrem benahmen, genauso reagierte wie die "da draussen", nämlich mit Absonderung.

Übrigens ist er, der Urheber dieses ganzen Stresses, wieder aufgetaucht, wieder akzeptiert worden, wieder ausgeflippt, wieder rausgeschmissen worden, nach einem Tag gegangen und wieder aufgetaucht und akzeptiert und hoffentlich kommen wir jetzt miteinander klar. Immerhin haben alle gelernt.

Als das zum ersten Mal passierte, war unsere WG gerade ein paar Tage alt. Alle arbeiteten, alle kamen vorwärts und alle waren unzufrieden: Jeder hatte sich auf etwas gestürzt, aber nichts wurde richtig koordiniert. Keiner wusste, wohin das alles führen sollte. Jeder fand, dass das, was sie/er für wichtig hielt, allgemein zu wenig beachtet wurde. In der Vollversammlung wurde zu viel und zu schlecht theoretisch gesprochen. In der Praxis wurde zu wenig konkret angepackt und zuviel drauflos gemacht. Das lässt sich alles schlecht beschreiben. Es fehlte eben eine klare Linie. Wir wurden aber ständig besser und werden trotzdem immer wieder sauer, weil dies oder jenes nach einer Woche immer noch nicht besser lief.

Pächter- versammlung

Aber wir sind noch in der ersten Woche nach dem Fest. Mittwoch Abends fand eine Pächterversammlung statt, auf der sich etwa 40 Kleinpächter trafen. (Insgesamt gibt es 500-600 Kleinpächter, die alle einen qm für 10 DM gepachtet haben.) Hier wurde das erste Mal versucht, die Pächterversammlung zu einem funktionierenden Gremium zu machen, denn bisher war es bei den Pachtverträgen mehr um die finanzielle Unterstützung des Freundschaftshauses gegangen.

Bei dieser Pächterversammlung, zu der noch keine Einladungen verschickt wurden, wurde vorgeschlagen, den Schwerpunkt des Freundschaftshauses als "Ökologisches Zentrum" zu legen. Das soll heißen: Das Freundschaftshaus wird zum echten Gegeninformationszentrum, in dem wir auch schlafen, essen und uns treffen können, das Windrad wird gebaut, der Garten wird als Beispiel ökologischer Arbeitsweise weiterbetrieben. Die erforderlichen Anträge hierzu sollen gestellt werden.

Das blieb dann aber so zunächst mal als Idee stehen und wurde daher nur von wenigen als echte Perspektive gesehen. Donnerstag macht der Chef des Bauamtes in einem Gespräch mit einem von uns seine Gesprächsbereitschaft klar !

das waren aber auch sehr interpretationsfähige Andeutungen mit zum Teil lächerlichen konkreten Angeboten versehen, z.B. könnten wir ja auf ein noch zu findendes Gelände mit unserem von der Polizei zerrissenen 40-Mann-Zelt ziehen und das Freundschaftshaus verlassen (Dort ist das Nächtigen ja immer noch verboten.). Freitags waren wir zu einem Gespräch ins Kalkarer Rathaus eingeladen, und eine Delegation von uns ging hin, um eine Presseerklärung zu verlesen und die Herren zum Informationsabend am Samstag einzuladen. So blieben die Herren also an ihrer Tafel sitzen und hörten zu, die Aktenstöße blieben unbenutzt und unsere Colas ungetrunken.

Informations- abend

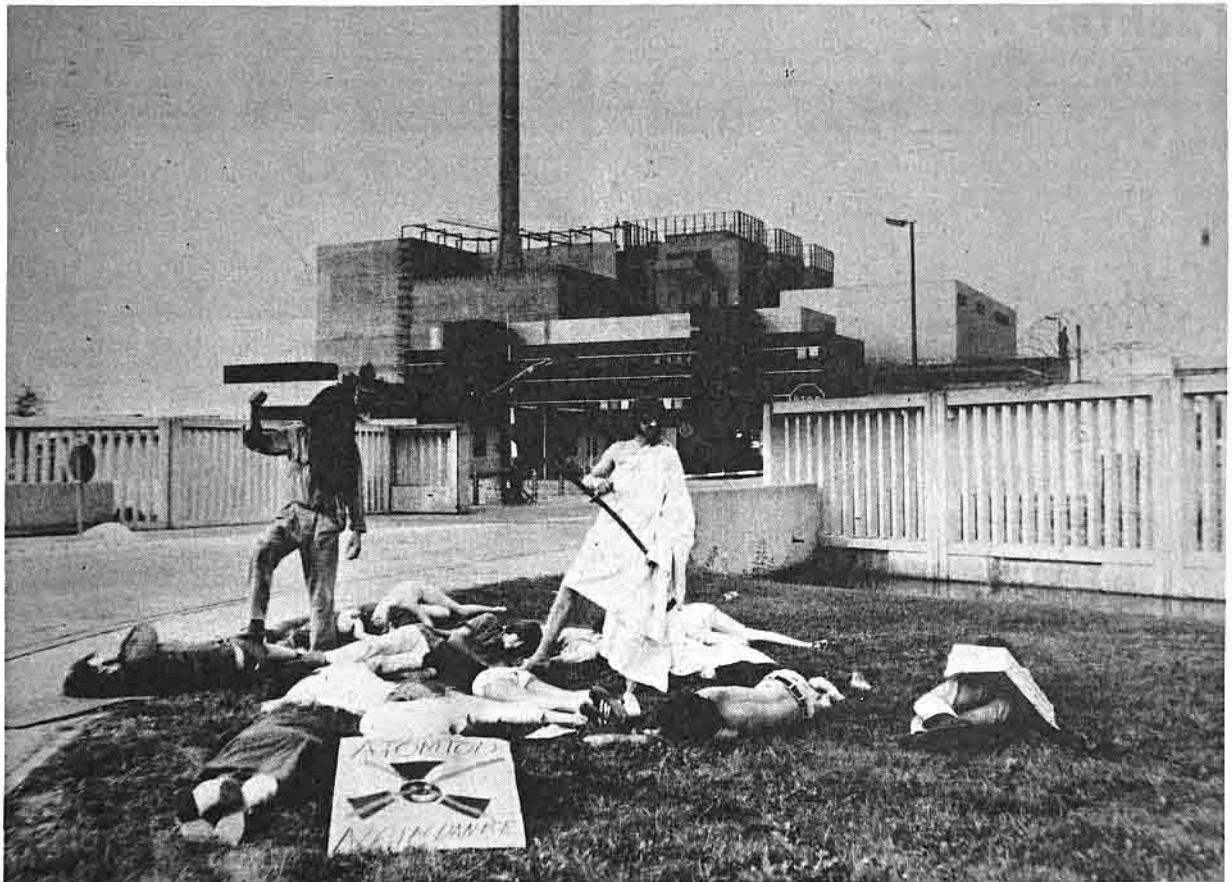
Samstag waren in der kalkarer Gaststätte allerdings keine "hohen Tiere" anzutreffen, und so blieb diese Veranstaltung ganz "unsere". Wir berichteten über die Ereignisse am Festwochenende, ohne jemanden darauf anzusprechen zu können. Die Kalkarer Bevölkerung war dabei auch so schwach vertreten, dass man hätte meinen können, es wäre gar nichts passiert.



*Nicht angemeldet, aber doch erschienen
die Polizei.*

Naja, was aber auch nach dieser Woche immer noch fehlte, war eine längerfristige Perspektive für unsere Arbeit. Dazu muss gesagt werden, dass unsere Ansprüche daran ziemlich hoch waren, wenn wir überhaupt wussten, wo sie hingingen. Immer wieder wurde betont, dass wir doch schliesslich in Kalkar waren, um den "Schnellen Brüter" zu bekämpfen und vor diesem Anspruch (immer mit Blick auf den riesigen Betonklotz) wird natürlich alles, was man so macht oder sich ausdenkt dagegen, ein gutes Stückchen kleiner. Am 2. Wochenende nach dem Fest kam es dann zu einer weiteren Perspektivediskussion durch eine Frauengruppe und ein paar Männer, die aus Nijmegen wiederkamen, um darüber zu reden.

In zwei langen Vollversammlungen kamen wir schliesslich zu dem Ergebnis, dass die unterschiedlichen Vorstellungen im Moment nicht unter einen Hut zu bringen waren. Bei den Nijmegenern kon-



6.8.42 : Hiroshima-Tag

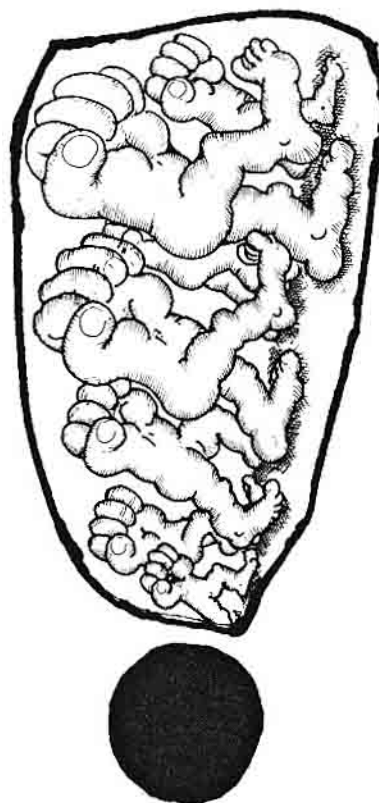
kretisierte sich die Vorstellung zum Widerstand mehr in Richtung auf Blockade und ähnlichen Aktionen, während es bei den meisten Leuten, die mehr oder weniger die ganze Zeit am Freundschaftshaus waren, bei dem blieb, was schon auf der Pächterversammlung herausgekommen war. Eins schliesst zwar das andere nicht aus, aber jedes für sich bedeutet so viel Arbeit, dass ein ständiges Zusammenarbeiten eben nicht drin war. Wir verblieben so, uns am jeweils ersten Wochenende im Monat wieder am Freundschaftshaus zu treffen. Damit war zwar die Diskussion zu diesem Thema nicht abgeschlossen, aber es wurde auch klarer, dass es DAS KONZEPT gegen den Brüter nicht gibt, dass es dafür viele Wege gibt, die wir gehen können.

Am 16. August fand eine Pächtervollversammlung statt, bei der ungefähr 50 Leute anwesend waren, aber nur wenige waren auf unsere Einladung hin gekommen, was dadurch zu erklären ist, dass die Pachtverträge bisher einen passiven Charakter hatten.

Dabei wurde nochmals bestätigt, dass wir versuchen, die Genehmigung für die Nutzung des Freundschaftshauses als Gegeninformationszentrum und den Bau einer Windmühle zu bekommen. Das dies ziemlich schwierig wird, ist klar, wenn man weiss, dass unser Gelände im Landschaftsschutzgebiet liegt und von daher eine Nutzung, wie wir sie vorhaben, zunächst einmal ungesetzlich ist. Es besteht daher nur die Möglichkeit, eine Änderung des Flächennutzungsplans durch den Rat der Stadt Kalkar zu erreichen, wobei sie unser Land zum Sondergebiet erklären mussten. Auch das Gelände des "Schnellen Brüters", 200 m weit entfernt, ist Sondergebiet. Die Chancen dafür sind sehr gering, denn der Rat der Stadt Kalkar ist sehr konservativ. Weiter wurde auf der Pächterversammlung beschlossen, dass neue Pachtverträge mit Bauer Maas abgeschlossen werden, damit er juristisch nicht mehr für Ereignisse am Freundschaftshaus verantwortlich zu machen ist. Die Verantwortung trägt dann der Verein der Kleinpächter.



Inzwischen haben wir im Freundschaftshaus auch mit Selbstunterricht angefangen, damit jeder von uns Informationen zum "Schnellen Brüter" geben kann, denn besonders am Wochenende kommen immer mehr Besucher, um sich mit uns über unsere Absichten und Aktionen zu unterhalten. Viel Aufmerksamkeit findet dabei die kleine Windmühle, die wir aufgestellt haben, um Wasser zu pumpen.



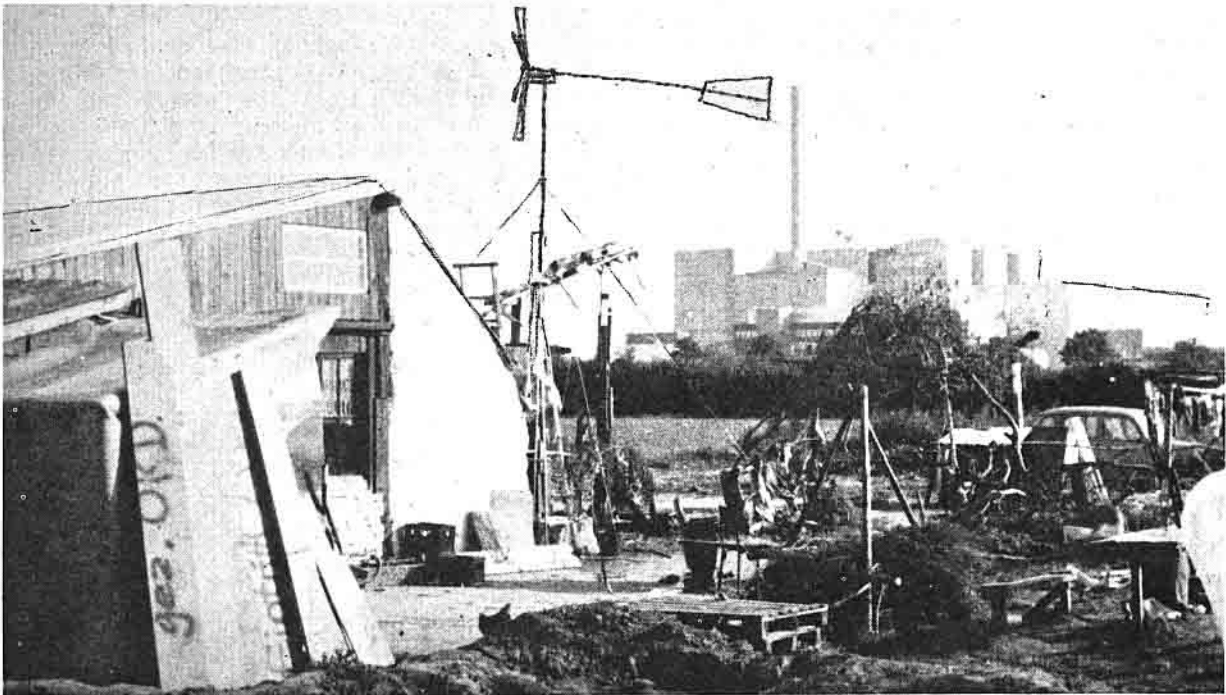
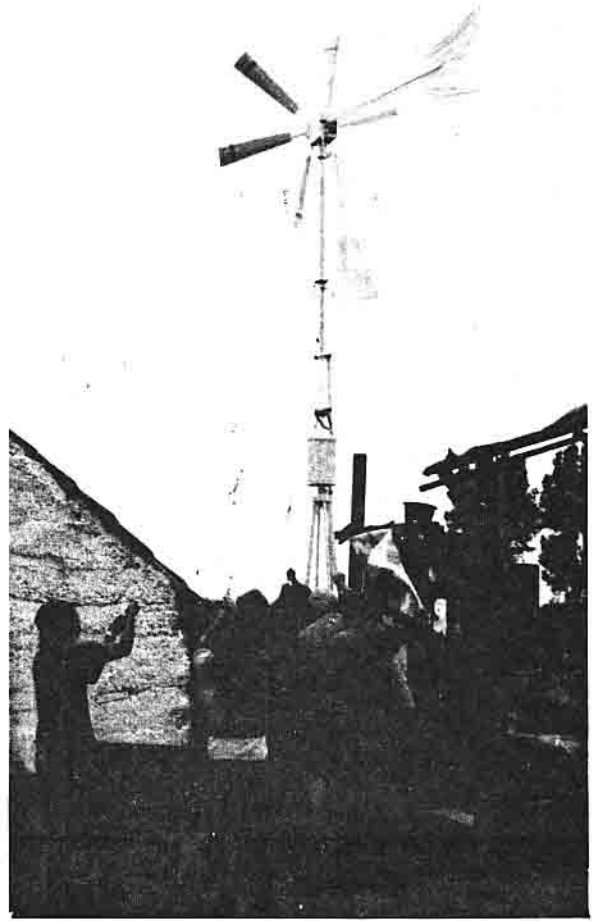
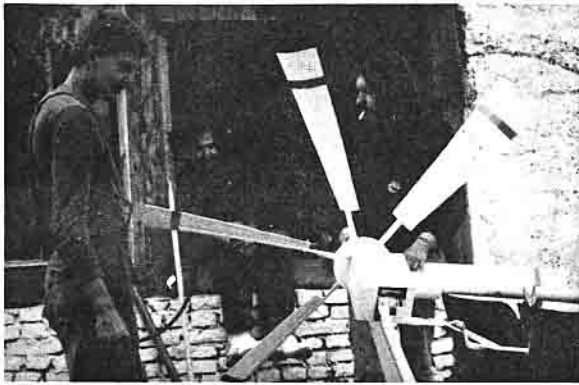
Spontanaktionen

Ziemlich sauer ist die Polizei über die Spontanaktionen am Brüter, die sofort mit dem Freundschaftshaus in Zusammenhang gebracht werden. Doch immer wieder taucht ein Wagen auf (wir sehen da einen Zusammenhang mit der Stadt Kalkar), um die eigentlich sehr treffenden Sprüche vom Brüterzaun zu entfernen.

Samstagabend (22. August) fiel der Strom für die gesamte Platzbeleuchtung am Schnellen Brüter aus, und selbst die Betonsperre an der Einfahrt war nicht mehr zu öffnen. Als Grund hierfür wurde ein Kurzschluss in einer Hochspannungsleitung angegeben. Zu einer unangenehmen Konfrontation mit der Polizei kam es am darauffolgenden Montag und Dienstag. Montagabend unternahmen fünf Leute einen Spaziergang am Schnellen Brüter und versuchten dabei, mit einer Wache hinter'm Zaun ins Gespräch zu kommen. Der holte daraufhin seinen Feuerwehrschauch hervor und spritzte uns nass. Kurz darauf kam die Polizei und nahm uns mit zur kalkarer Wache. Dort wurden die Personalien festgestellt und ein Mädchen,



Wassermühle



Die Windmühle wird aufgestellt, montiert und läuft.

das noch keine 18 ist, festgehalten. Die anderen wollten in der Wache auf sie warten, wurden dann aber hinausgeprügelt. Am Dienstag gab es daraufhin eine Razzia am Freundschaftshaus, wobei alle Leute aus dem Bett geholt wurden. Die Personalien wurden aufgeschrieben und jeder wurde fotografiert. Die fünf Leute vom Vorabend wurden nach Goch zur erkennungsdienstlichen Behandlung mitgenommen (Fotos, Fingerabdrücke usw.). Unsere Nachfrage beim Polizeichef Zacharias ergab, dass vermutet wurde, dass sich am Freundschaftshaus Leute aufhielten, die sich strafbarer Handlungen verdächtig gemacht hätten. Gegen die Leute, die aus der Wache geschmissen worden waren, wurde Anzeige wegen Hausfriedensbruch auf der Polizeiwache erstattet! Die Bilder der Leute vom Freundschaftshaus würden gebraucht, um sie Zeugen von Aktionen vorzulegen. Diese Vorgänge zeigen, dass sich die Polizei mächtig ins Zeug legt, um die Leute vom Freundschaftshaus möglichst schnell zu kriminalisieren.



So soll's weitergehen

Trotz allem, was in den letzten Monaten mit uns und dem Freundschaftshaus passiert ist, sind wir noch immer da und haben noch den Mut, weiterzumachen. Obwohl im Moment an Aktionen nicht viel läuft, ist es trotzdem wichtig und gut, da zu sein und zu zeigen, dass wir noch nicht geschlagen sind. Wir versuchen, miteinander eine neue Form von Widerstand aufzubauen und haben dabei Erfolge und Misserfolge. Einige von uns wollen im Freundschaftshaus leben, so dass immer jemand da ist, der mit den Besuchern redet und Informationen geben kann. Andere gehen nicht so weit, wollen sich aber auf Kalkar und die Stilllegung des Schnellen Brüters konzentrieren. Verabredet ist, sich jedes erste Wochenende im Monat im Freundschaftshaus zu treffen. Sonntags um 14 Uhr wollen wir mit den Leuten vom Niederrhein und aus Holland, Bürgerinitiativen und einzelnen, die sich für Kalkar interessieren, darüber reden und konkret planen, wie unser weiterer Widerstand aussehen kann. Kurzfristig ist es wichtig, etwas gegen die

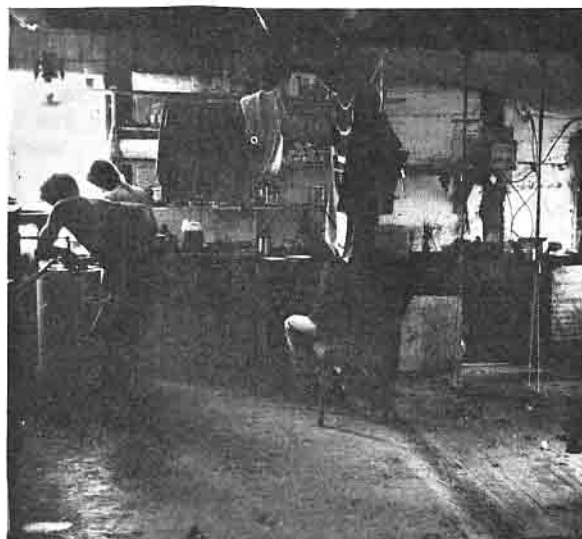


Machenschaften der Betreiber zu unternehmen, die mit dem Gerede über die Finanzierung des Brüters Einfluss auf die Entscheidungen der Genehmigungsbehörden nehmen wollen. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie die Betreiber mit ihrem durchsichtigen Spiel und einer Argumentation, die die Tatsachen auf den Kopf stellt, der Regierung eine Inbetriebnahme abpresst.

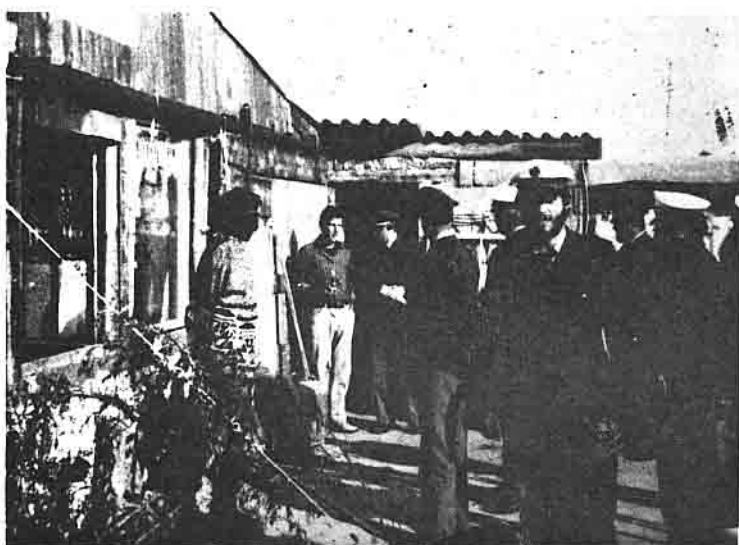
Weiter werden wir versuchen, die Genehmigungen für das Freundschaftshaus als Gegeninformationszentrum und den Bau der 23 m hohen Windmühle zu bekommen. Wir sind da zwar nicht sehr optimistisch, wollen uns aber auch nicht nachsagen lassen, dass wir es nicht versucht hätten.

Wenn alle, die jetzt noch daneben stehen, mit uns an einem Strick ziehen, dann wird sich die Atomlobby mit ihrem Brüter auf die Nase legen!

**Trotz Polizei- und Staatsgewalten
wir werden's Freundschaftshaus behalten!!**



Besucher des Informationszentrums



Razzia im Freundschaftshaus



Polizeifotograf



Der Oberkreisdirektor als Kreispolizeibehörde

Nr. S 205 -
(Bei Antwortschreiben bitte angeben)

Kleve, den 23. Juli 1981

Der Oberkreisdirektor als Kreispolizeibehörde, Postf. 1507, 4190 Kleve

☎ (0 24 21) 89-1 (Vermittlung)
Durchwahl: 84-
Schutz- und Kriminalpolizei: (02821)2018
Bearbeiter:

Gegen Empfangsbekanntnis



4190 Kleve

Betr.: Holztransport zur Wiese des Bauern Maas
gegenüber dem KKW Kalkar

Sehr geehrter Herr
Sie haben am 22.7.81 um 15 Uhr schriftlich bei der Kreispolizeibehörde um Genehmigung gebeten, am gleichen oder folgenden Tage einen Materialtransport (Holz) zu mehreren Pächtern auf der Wiese vor dem Kernkraftwerk Kalkar-Hönnepel durchzuführen. Als Begründung geben Sie an, dass Polizeieingriffe zu erwarten seien. Auf mehrmalige Fragen nach näheren Einzelheiten insbesondere nach dem Verwendungszweck des Holzes haben Sie eine Antwort abgelehnt, da dies die Behörden nichts angehe.

Gemäss Paragraphen 1,2,3 und 8 des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (PolG NW) vom 25.März 1980 (GV. NW. S.234/SGV.NW. 205) ergeht folgende Entscheidung:

Ihr Antrag wird abgelehnt.

Begründung:

Nach Paragraph 8 Abs.1 PolG kann die Polizei die notwendigen Massnahmen treffen, um eine im einzelnen Falle bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Gefahr) abzuwenden, soweit nicht die Paragraphen 9 bis 24 die Befugnisse der Polizei besonders regeln.

Unter einer polizeilichen Gefahr ist nach allgemeiner Auffassung eine Lage zu verstehen, in der bei ungehindertem Ablauf des Geschehens ein Zustand oder ein Verhalten mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden für die Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung führen würde.

(BVerwGE 28, 310
BVerwGE NJW 1970, 1980, 1982)

Seit mehreren Wochen wird in der Bundesrepublik Deutschland sowie in den benachbarten Niederlanden durch die örtliche und überörtliche Presse (so Rheinische Post, Neue Ruhr-Zeitung, Deutsche Presseagentur, Zeitungsgruppe WAZ, Kölner Stadtanzeiger, Welt am Sonntag, De Gelderlander Nijmegen) über das von Kernkraftgegnern für den 25./26. Juli 80 auf der Wiese des Bauern Maas vor dem KKW geplante "Anti-Atom-Dorf" berichtet. Bürgerinitiativen und andere Personengruppen laden seit Wochen durch Plakate, Handzettel u.a. zum Bau dieses Dorfes ein:

1. Auszug aus einem Plakat am "Laden" Kleve, Mittelweg:
"Der radioaktive Count-Down beginnt jetzt.
Die Situation am Niederrhein wird endgültig bedrohlich. Da wir den Brüter nun selbst verhindern müssen, werden wir jetzt aktiv."
2. Auszug aus dem Informationsblatt im Melkstell Maas für die Arbeitsgruppen der Aktionstagung vom 1.- 3. Mai 1981 gegen den "Schnellen Brüter" (Kein Impressum)

" Wir müssen lernen, den weiteren Kampf gegen den Schnellen Brüter nicht allein mit Diskussionen zu führen. Wir wollen den Kampf in unsere eigenen Hände nehmen, wollen praktischen und direkten Widerstand leisten."

"Folgende Vorschläge gibt es bereits:

- Aktionsdorf:Sommercamp
- Blockadegruppen
- Aktionen bei Betreiberfirmen
- Behinderungen der Transporte von Grossteilen über den Rhein, die die Arbeit im Brüter behindern sollen
- Besetzen des Info-Zentrums im Brüter (auch am Wochenende möglich
- Sabotageaktionen?"

3. Informationsblatt in niederländischer Sprache, übersetzter Textauszug
"Wir wollen den Kampf in die eigenen Hände nehmen, wollen praktischen und direkten Widerstand leisten. Deshalb wollen wir im Juli beginnen mit einer längeren Blockade und Störungsaktionen am Tor des Kernreaktors." Impressum: "Stop Kalkar Groep", Nimwegen.
4. Aushang am Info-Tisch auf der KLE-Fete am 17.5.1981 mit Hinweis auf den 25.7.1981:
"Ab sofort wird in die Hände gespuckt und dem Brüter am Fundament gerückt."
5. Auszüge aus Handzetteln und Plakaten, die in Wyler-Grenze, Duisburg, Krefeld, Bielefeld, Nimwegen, Frankfurt, Kleve, Emmerich, Kalkar mit der Einladung zum 25./ 26.7.1981 vorgefunden wurden:
" Kommt mit zum Gründungsfest unseres Anti-Atom-Dorfes und bleibt!!!"
" Das Fest muss laufen! Der Brüter darf nie Atomeier legen!"
" Es wird Zeit, dass wir uns etwas einfallen lassen!"
" Auf der Wiese am Freundschaftshaus werden wir ein Anti-Atom-Dorf bauen, in dem wir uns treffen können, um Aktionen gegen den Weiterbau des Brüters zu besprechen und durchzuführen."
" Wir kämpfen für unser Leben nicht mit Atomraketen und Neutronenbomben, sondern mit Witz, viel Phantasie und Wurfankern."
" Spielen wir den versteinerten Verhältnissen unsere Melodie vor und bringen wir den Brüter zum Tanzen."
"Kämpfen wir dafür, dass die Bauplätze aller Atomanlagen, Trabantenstädte, Hochsicherheitsknäste und Raketenabschussbasen wieder zu Wiesen werden bzw.bleiben."
6. In einem Flugblatt ruft das Umweltzentrum Bielefeld dazu auf, die Bürgerinitiative "Stop Kalkar" im Juli 1981 bei den Blockade- und Behinderungsaktionen am Tor des Schnellen Brüters zu unterstützen.
7. Pressemeldung im Kölner Stadtanzeiger mit Hinweis auf den Bau eines Anti-Atomdorfes im Juli am Schnellen Brüter in Kalkar, von dem aus fortlaufende Aktionen gegen die Baustelle geführt werden sollen (Drucksache 9/760 des Landtages NRW- Anfrage des Abgeordneten Dr. Pohl).
8. Aufrufe auch aus den Niederlanden, Baumaterial mitzubringen.
9. Am 3.5.1981 wurde die geschlossene Eingangstoranlage am KKW Kalkar durch Teilnehmer der Aktionstagung (vergl. Ziffer 2) besetzt. Es wurden Sachbeschädigungen (u.a. durch Farbbeutel) in Höhe von 2.000,-- DM angerichtet und eine Plakattafel mit folgendem Inhalt aufgebaut:
" Nach 10 Jahren Widerstand ist noch nicht Schluss,
weil erst der Brüter verschwinden muss."
10. Nachdem der auf der Wiese des Bauern Maas stehende Melkstall 1977 von der Bürgerinitiative Stop Kalkar als Informationszentrum eingerichtet und auf bestandskräftige Verfügung ausgeräumt worden war, wurde er im Mai 1981 erneut als Info-Zentrum eingerichtet und betrieben. Auf entsprechende Untersagungsverfügungen hat Herr Maas am 12.06.1981 über seinen Anwalt mitgeteilt, dass das "Freundschaftshaus" nicht mehr als Gegeninformationszentrum, sondern nur noch wie das umliegende Gelände im Rahmen seines landwirtschaftlichen Betriebes genutzt wird. Laut Mitteilung der NRZ Kleve vom 18.7.1981 will die Bürgerinitiative "Stop Kalkar" das Info-Zentrum trotz Verbotes erneut öffnen. Die für den Betrieb einer Windkraftanlage auf demselben Gelände ohne Baugenehmigung begonnenen Fundamentierungsarbeiten wurden am 16.7.1981 stillgelegt.

Vorstehend aufgeführte Erkenntnisse zeigen, dass mit dem Bau von Holz-Hütten zu einem sogenannten Anti-Atom-Dorf permanent Widerstand und Aktionen gegen die Baustelle des KKW Kalkar geplant sind und das Anfahren und Mitbringen von Holz jeder Grösse diese Aktionen vorbereiten oder auch damit durchgeführt werden sollen. Mit Hilfe von Holzbohlen wurde bereits 1979 der das KKW-Gelände umgebende Wassergraben überquert und die Zaun-anlage überwunden.

Das Heranschaffen von Holz soll aber auch dazu dienen, einen formell und materiell baurechtswidrigen Zustand zu verwirklichen, da die Errichtung von baulichen Anlagen im Aussenbereich ausserhalb landwirtschaftlicher Zwecke genehmigungspflichtig ist und eine derartige Genehmigung weder vorliegt noch beantragt ist. Der Eigentümer Maas ist über diese Sach- und Rechtslage mehrfach unterrichtet worden. Er ist auch durch vollstreckbare Verfügung vom 21.7.1981 aufgefordert worden, jede ungenehmigte Bau-tätigkeit auf seinem Grundstück zu untersagen. Das ungenehmigte Errichten von baulichen Anlagen ist eine Ordnungswidrig-keit.

Schon aus Vorstehendem ergibt sich, dass das Heranschaffen von Holz und anderen Bauteilen einen Zustand schafft, der mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden für die Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit und Ordnung führen würde, wenn man zuliesse, dass die Kernkraftgegner Bauholz, Stangen u.a. zu der Veranstaltung mitbringen.

Die Untersagung der Heranschaffung von Holz ist aber noch aus einem anderen Grunde geboten und gerechtfertigt:

Der Bau des Anti-Atom-Dorfes soll durch ein "Stop Kalkar- Musikfestival" am 25. 7.1981 eröffnet werden, zu dem nach Angaben der Bürgerinitiative "Stop Kalkar" allein mehrere tausend Besucher erwartet werden. Obwohl diese Veranstaltung nicht angemeldet worden ist, haben sich die zustän-digen Behörden dazu entschlossen, diese "Festival" zu dulden. Gleichwohl muss aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse und Feststellungen befürchtet werden, dass es im Verlauf, zumindest aber zum Schluss, wenn das Dorf gebaut werden soll, zu Aktionen und Rechtsverletzungen kommt, die ein Eingreifen der Polizei erforderlich machen. In diesem Fall ist damit zu rechnen, dass einzelne Gruppen, die bereits jetzt zu gewaltsamem Wider-stand aufgerufen haben, sich allen Massnahmen mit jeder Art von Holzgegen-ständen widersetzen werden. Dem wäre nicht nur die Polizei fast schutzlos ausgesetzt, sondern auch die Teilnehmer, die friedlich zu dieser Musikver-anstaltung gekommen sind.

Es entspricht daher gerade den Grundsätzen der Verhältnismässigkeit, die Ursachen für die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung schon vorbeugend auszuschalten, ehe es zu einem Schaden kommt, der später nur mit einem ungleich grösseren personellen und materiellen Einsatz wieder zu beseitigen wäre. Darüber hinaus gewährt die hier getroffene Entscheidung allen Teilnehmern am Musikfestival die Möglichkeit, die Veranstaltung fried-lich zu besuchen und im Einklang mit der geltenden Rechtsordnung wieder zu verlassen.



Fortsetzung des Reaktorprojekts KALKAR zweifelhaft ?

Bonn: Der Weiterbau des Schnellen Brütters im westdeutschen Kalkar, an dem auch die Niederlande beteiligt sind, ist sehr zweifelhaft geworden. Der westdeutsche Staatssekretär für wissenschaftliche Untersuchungen, Erwin Stahl, hat Mittwoch seinem Minister, Andreas von Bülow, namentlich erklärt, dass der Stop des Fünfmilliardenprojekts in Erwägung gezogen werden müsse. Als Grund für diese Überlegung nannte Stahl die Tatsache, dass deutsche Elektrizitätsversorgungsunternehmen unlängst zu verstehen gegeben haben, sie wollten ihre finanziellen Beiträge an diesem Projekt nicht erhöhen. Dienstag ist in Bonn noch ein Schreiben über diese Angelegenheit von dem Direktor eines baden-württembergischen Unternehmens eingegangen. Nach dem ursprünglichen Plan für den Schnellen Brüter, den SNR 300, sollte die BRD 70 % der Kosten übernehmen. Die Niederlande sollten über die SEP mit 15 % und Belgien und Luxemburg zusammen mit 14 % beteiligt werden. Die Bauzeit und die Kosten betreffend ist dieses Projekt völlig aus der Hand geglitten. Nach den ersten Rechnungen sollte der Reaktor 1979 fertig sein und 1,6 Mrd. DM kosten. Unterdessen sind die Kosten auf 5 Mrd. DM gestiegen, und das Projekt wird nicht früher als 1985/86 fertig sein. Der holländische Wirtschaftsminister, Van Ardenne, hat im Juni die zweite Kammer wissen lassen, dass das Maximum der holländischen Beteiligung 480 Mio. DM beträgt, so wurde gemeinsam mit den Partner überlegt. Zuerst sollte der niederländische Beitrag nicht mehr als 333 Mio. DM betragen. Stahl nannte die Haltung der Elektrizitäts-

versorgungsunternehmen engstirnig, ihre Einstellung führte ihn zu dem Schluss, dass die Stromproduzenten weniger Interesse an dem Projekt haben, als sie nach aussen hin immer vorgegeben haben.

Zwei Unternehmen, das RWE und die KWU, haben im April einen Sonderbetrag von 41 Mio. DM zugesagt. Dies ist, so Stahl, völlig unzulänglich, um die Mehrkosten zu decken. Für dieses Jahr bleibt ein Mehrkostenbetrag von 177 Mio. DM und für die folgenden Jahre Mehrkosten in Höhe von 300 Mio. DM jährlich. Die westdeutsche Regierung erwartet von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen 300 Mio. DM pro Jahr. Die finanzielle Beteiligung der Betreiber soll dadurch zunehmen von fast 8 % auf 27 %, was einer Preiserhöhung von 0,1 Pf pro KWH entspricht. Das sei, so Stahl, angesichts der Bedeutung der Schnellen Brüter-Technologie für die westdeutsche Wirtschaft nicht zu viel verlangt. Stahl ist der Ansicht, dass die Forschungskosten in betriebswirtschaftliche Berechnungen aufgenommen werden müssten.

Es steht seiner Meinung nach ausser Zweifel, dass das westdeutsche Wissenschaftsministerium und die Landesminister damit einverstanden sind. In diesem Zusammenhang nannte er die Forschungsförderungen in Japan, wo die Betriebe nicht selten die Hälfte der Forschungskosten übernehmen. Stahl befürchtet, dass die Japaner in kurzer Zeit auch auf diesem Gebiet der Schnellen Brutreakorttechnologie einen Vorsprung bekommen werden, weil sie mehr finanzielle Mittel dafür zur Verfügung stellen.

UND DAS IST WIRKLICH

LOS:

Die westdeutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen halten die Fertigstellung des SNR 300 in Kalkar für notwendig. Sie sind der Meinung, dass weder von den Verbrauchern noch von den Produzenten ein Sonderbetrag von Millionen von DM erwartet werden kann, weil es, wie die Politiker sagen, nicht sicher ist, dass der Reaktor gebraucht wird. Aus diesem Grund wollen die Stromversorgungsunternehmen jetzt schon



eine sichere Zusage vom Bundestag erhalten, dass der SNR in Betrieb genommen wird. Bisher hatte der Bundestag lediglich die Zusage zum Weiterbau gegeben. Über die Inbetriebnahme sollte erst nach der Fertigstellung des Berichts der 1968 eingestellten Enquetekommission entschieden werden. Der Bericht wird im Laufe des Jahres 82 erwartet, nachdem Untersuchungen über die Folgen eines grösseren Unfalls abgeschlossen sein werden. Befürchten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen das Ergebnis dieser Untersuchungen und wollen deshalb schon frühzeitig eine Entscheidung erzwingen? Jedenfalls steht es für die Betreiber fest, dass weitergebaut wird, so er-



klärte Schulz, Ingenieur des SBK, dass finanzielle Schwierigkeiten keinen Baustop, sondern lediglich Bauverzögerungen zur Folge haben würden.

Die VDEW ist der Meinung, die Mehrkosten als Folge der Verzögerung dieses Projekts seien gegenüber den Verbrauchern nicht zu verantworten, da die Verbraucher bereits wegen der Kosten, die durch die Verzögerungen beim Bau mehrerer AKWs entstanden sind, belastet wurden. Der Unternehmen wäre es natürlich lieber, wenn die Mehrkosten durch Steuergelder finanziert würden, wofür sie eine gesetzliche Regelung vorschlagen. Bei dieser Zahlungsweise ist es für den Bürger weniger offensichtlich, dass er das Kalkarprojekt finanziert. Befürchten die Stromversorgungsunternehmen eine StroBo-Aktion, wenn die Strompreise wegen des schnellen Brütters erhöht werden, so wie es 1973 in den Niederlanden der Fall war, wo sich viele Leute geweigert haben, den Brüter zu finanzieren und wo man dann ebenfalls die Methode benutzt hat, das Projekt über die Steuergelder zu finanzieren?

Es ist uns schnurzegal, ob das Projekt so oder so finanziert wird, weil in jedem Falle wir selbst zur Kasse

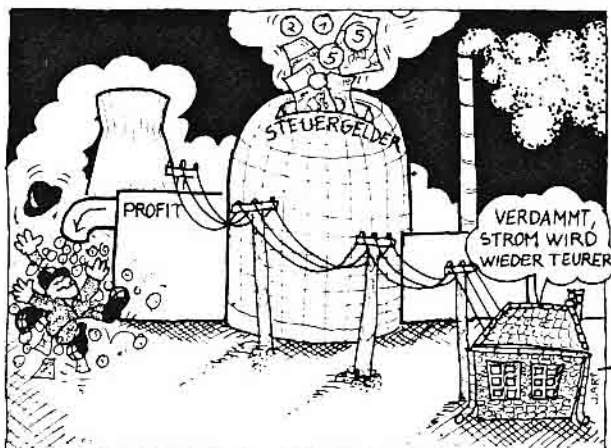
gebeten werden.

Man fragt sich, ob es selbst für die Stromversorgungsunternehmen noch sinnvoll ist, den Brüter weiterzubauen, weil sie inzwischen Teilhaber des französischen Super-Phénix geworden sind, einem Brutreaktor, dessen Technologie auf neuerem Stand ist als die des SNR in Kalkar.

Es ist zu erwarten, dass in den nächsten Wochen im Bundestag über die Inbetriebnahme des SNR diskutiert und entschieden wird. Wenn die Entscheidung positiv ausfällt, sind die Elektrizitätsversorgungsunternehmen bereit, einen grösseren Anteil der Mehrkosten zu übernehmen, und dann steht nichts mehr einer Fertigstellung und Inbetriebnahme des Brütters im Wege.

Es ist allerhöchste Zeit, den Brüter zu stoppen!!!

Kommt alle nach Kalkar und beteiligt Euch am Kampf gegen den Todesbrüter!!



DER PROZESS

Den Bürgerinitiativen ist es gelungen, durch unermüdlige Kleinarbeit einerseits und durch spektakuläre Ereignisse andererseits die öffentliche Aufmerksamkeit auf die drohenden Gefahren eines beginnendem Atom-Zeitalters hinzulenken. Dies und die Beteiligung von immer mehr kritischen Wissenschaftlern an der Atomenergie-Diskussion hat auch bei den Richtern einen Bewusstseinsprozess bewirkt, so das

- der im Atomgesetz (ATG) verankerte Rechtsanspruch des Bürgers auf Schutz vor Atomgefahren grösseres Gewicht bekommen hat und

- die besonderen Gefahrenmomente des Brüters sowie die weitreichenden Folgen einer Plutoniumwirtschaft in der Stellungnahme der Richter zum Ausdruck kommt.

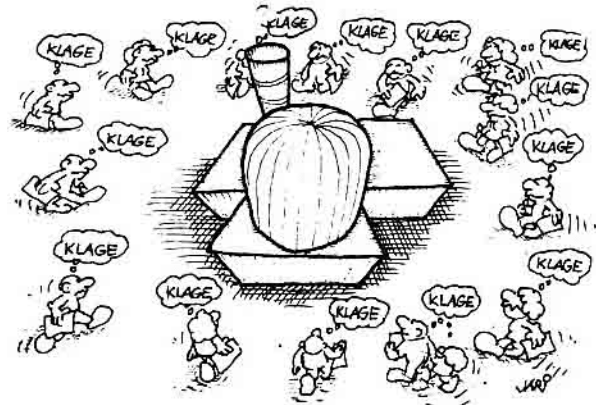
Die Klage des Bauern Maas gegen die 1. Teilgenehmigung vom 18. Dez. 1972 ist vom Verw. - Gericht/Düsseldorf am 30. X. 73 abgewiesen worden. Die Klage, die grundsätzlich aufschiebende Wirkung hat, hatte den Baubeginn im April 1973 nicht verhindern können, weil mit der Genehmigung gleichzeitig die sofortige Vollziehbarkeit der Genehmigung angeordnet worden war mit der Begründung eines erheblichen öffentlichen Interesses.

Jozef Maas reichte fristgemäss die Berufungsklage ein. Die lange Pause bis zur Einberufung des Termins vor dem Oberverw.-Gericht/Münster am 18. Aug. 1977 in Kleve ist aug als Ausdruck dafür anzusehen, wie schwierig es ist, die wissenschaftlichen und technischen Unterlagen zur Begründung des Einspruchs zu beschaffen, da die kompetenten Fachleute interessegebunden sind. Ein Fachmann aus den USA, Dr. R. J. Webb hat uns schlusslich erste detaillierte Berechnungen liefern können.

Als an 18. Aug. 1977 die Beteiligten zum Berufungstermin in der Stadthalle vom Kleve zusammenkamen, erwartete sie eine grisse Überraschung. Die Richter des OVG/Munster erklärten: "Das Verfahren wird ausgesetzt. Es wird eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber eingeholt, ob § 7 des Atomgesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren vom 23. dez. 1959 (BGBl 1 3053), soweit er die Genehmigung des sog. Schnellen Brüters ermöglicht, mit dem Grundgesetz vereinbar ist." Die Richter begründen ihre Zweifel mit Argumenten, wie sie auch in einer Veröffentlichung des Bundesforschungsministeriums (BMFT), Herausgeber Hans Matthöffer, nachzulesen sind: "Argumente in der Kernenergie-Diskussion -Pro und Contra Schneller Brüter" Necktar Verlag/Villingen. Es handelt sich um das Protokoll- Wortprotokoll- einer Diskussion, die am 19. Mai 77 von je 5 pro und contra Brüterbau eingestellten Wissenschaftlern in Bonn stattgefunden hat. Die Veranstaltung geht zurück auf die Anregung von zwei Mitgliedern der "Interessengemeinschaft gegen radioaktive Verseuchung-Kalkar"- der Bürgerinitiative vor Ort.

Am 8. Dez. 78 wird die Stellungnahme des BVG veröffentlicht. Es bejaht grundsätzlich die

Verfassungsmässigkeit des ATG/1959, insoweit es Grundlage auch des Genehmigungsverfahrens für Schnelle Brüter sei. Das Karlsruher Urteil wird vom vielen Seiten scharf kritisiert oder auch ironisch kommentiert, wie z.B. von Prof. Dr. Karl Bechert, vormals Vors. des Bundestagsausschusses für Atomwirtschaft: "Das Karlsruher Brüterurteil stellt die bisherigen juristischen Glanzleistungen weit in den Schatten". Er zitiert aus den Erläuterungen des BVG: "Wenn in der Zukunft Anzeichen dafür bestehen sollten, dass von den Schnellen Brütern mit einiger Wahrscheinlichkeit bestimmte Gefahren ausgingen", dann werde der Gesetzgeber "aller Voraussicht nach" mit Regelungen auf dem Gebiet des Atom- und Strahlenschutzrechts sich seiner Aufgabe bewusst erweisen. Prof. Bechert weiter: "Es ist nicht wahr, wie das BVG behauptet, das ATG nehme keinen anlage-spezifischen Rest- oder Mindestschaden irgendwelcher Art in Kauf. In § 37 ATG steht deutlich, dass der Gesetzgeber damit rechnet (Schadenersatzverpflichtung des Bundes bis zu einer Milliarde DM). Das bedeutet ganz klar das Inkaufnehmen von Schäden, mit deren Möglichkeit in so gewaltiger Höhe vom Gesetzgeber gerechnet wurde.... "Prof. Dr. Karl Bechert hat bis zum letzten Augenblick seines Lebens jede Nut-



zung der Atonenergie bekämpft. Er starb am 1.4.81 als er am Schreibtisch sitzend die Rede vorbereitete, die er am 4.4.81 in Bonn anlässlich der Friedensdemonstration halten sollte. Sein Vermächtnis: "Aufruf an alle Bürger Europas - Wehrt Euch"!

Das Karlsruher Urteil stellt es dem Gesetzgeber (Bundestag) anheim von neuem gesetzgebend tätig zu werden, wenn neue, bisher nicht beachtete Gesichtspunkte auftreten, die das erforderlich machen sollten.

Am 14. Dez. 1978 setzte der Bundestag eine Abstimmung an darüber, ob der Brüterbau weitergeführt werden solle. Ohne sich seiner hohen Verantwortung bewusst zu sein, hat er den Weiterbau beschlossen in einem Abstimmungsverfahren, das das Zutrauen zu dieser Institution nicht gerade vermehrt hat -wenn auch zugegeben werden kann, dass eine nahezu ausweglose Partei-politische Situation vorlag. Sechs Mitglieder der F.D.P. zogen ihren Widerspruch aufgrund des Druckes ihrer Minister zurück und enthielten sich der Stimme. Ihrem Einspruch ist es immerhin zu verdanken, dass der Bundestag die Einsetzung einer Enquete-



Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik" beschloss, die die vorliegenden Probleme untersuchen sollte (s. dazu die 2. Dokumentation "Schnellen Brüter Kalkar" -Der Prozess geht weiter, zu erhalten bei der Verf,)

Am 9. Mai 1979 wurde die Enquête-Kommission unter dem Vorsitz von Reinhard Ueberhorst/MdB zu ihrer 1. konstituierenden Sitzung einberufen. Am 5.7.1980 wurde der Bericht der Kommission im Bundestag zur Debatte gestellt- und lustlos zur Kenntnis genommen. Er ist von der Inf.-Stelle des Bundestages zu beziehen. Trotz der Kritik, die wir an dem Ergebnis anzubringen haben, ist doch der allgemeine Konsens darüber bedeutsam, dass grundsätzlich eine Energieversorgung ohne Kernenergie für möglich gehalten wird. Selbst Prof. Häfele, der Entwickler des Brütters ist dieser Meinung. Bedeutsam ist weiterhin, dass einem Energie-Sparprogramm zugestimmt wurde und schliesslich der Beschluss die Arbeit der Kommission fortsetzen zu wollen. Die Mitglieder der CDU/CSU allerdings stimmten geschlossen dagegen. Als Grundlage für eine endgültige Entscheidung über die Inbetriebnahme des SNR 300/Kalkar wurde die Vergabe von 2 Studien beschlossen zur Untersuchung des Risikos beim Brüter. R. Ueberhorst hat als Leiter der Kommission die Bürger dazu aufgefordert, Anregungen, Fragen und Einwände an die Enquête-Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik" heranzutragen. Dieser Aufforderung bin ich gefolgt, als sich abzeichnen schien, dass kein grosses Interesse an der Weiterführung der Kommissionsarbeit vorlag. Allen Abgeordneten des Bundestages wurde ein Offener Brief zugesandt, indem nachdrücklich die Fortsetzung der Kommissionsarbeit gefordert wurde. Vor allem wurde nachdrücklich an die Vergabe der 2 Studien erinnert zur Risiko-Untersuchung beim SNR 300. Die Notwendigkeit wurde mit Schwachstellen im Konzept und seiner Durchführung begründet. Als Mitunterzeichner des Offenen briefes erklärten sich: Die Landeskonferenz der Bürgerinitiativen/NRW -der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.v. -Der Landesvorstand DIE GRÜNEN om NRW- der Bundesvorstand DIE GRÜNEN- Ich selbst unterzeichnete als Vorsitzende des Landesverbandes/NRW vom "Weltbund zum Schutz des Lebens" e.V.

Bürger verschiedener Gegenden haben die Briefaktion persönlich unterstützt. Die Vorsitzenden der Fraktionen, sowie auch andere Politiker haben z.T. sehr ausführlich geantwortet. Vor allen die F.D.P. ist sehr senrgisch tätig geworden. Am 26 Mai 81 hat dann der Bundestag gegen die stimmen der CDU/CSU beschlossen, eine neue Enquête-Kommission "Zukünftige Energiepolitik" einzusetzen, die bis zum Sommer 1983 Empfehlungen für den weiteren Energiepolitischen Kurs erarbeiten und schon 1982 ein Votum zur Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar abgeben soll (Rh.Post b.27.5.81).

Das umfangreiche Sparprogramm der 1. Kommission ist in der Presse ausführlich kommentiert worden. Es beherrscht noch immer das öffentliche Gespräch, wenn auch die Intensität der praktischen Durchführung höchstens zwischen dem 2. und 3. Pfad der insgesamt 4 Pfade einer möglichen Energiepolitik schwankt, wie sie die Kommission vorgestellt hat und damit einem vorläufigen Weiterwursteln folgt, anstatt dem 4. Pfad zu folgen, der völligen Verzicht auf die verwendung der Atomenergie, drastisches Sparen, sowie rationelle Verwendung der verschiedenen Formen der Energie fordert.

Wie soll es weitergehen? Am 20. Dez. 1978 hat die Genehmigungsbehörde die 3. Teilgenehmigung erteilt. Darin heisst es auf S.98: "Im weiteren Genehmigungsverfahren werden aber die ergebnisse der vom Deutschen Bundestag am 14. Dez. 78 beschlossenen Enquête-Kommission gemäss Bundsetags-Drucksache 8/2353 berücksichtigt werden. Nach der auf S.99 zitierten Stellungnahme des Bundesinnenministers "bestehen demnach aus heutiger Sicht keine Bedenken, dass für die erteilung weiterer Teilgenehmigungen die Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen werden." Dennoch sind bisher die 4. und 5. Teilgenehmigung noch nicht erteilt worden. Obgleich die Gefahr besteht, dass sich die Rechtsprechung als dritte Gewalt im Staate in Abhängigkeit an die gesetzgebende begibt, wenn sie immer noch zögert, den Prozess gegen die 1. Teilgenehmigung endlich aufzunehmen und den Berufungsvorgang fortzusetzen, zögert das Richter-Kollegium des OVG/Münster noch immer, einen neuen Termin anzusetzen zum Prosezz gegen den Bau des Schnellen Brütters.

Gerda Degen 413 Moers



Brief an BEGIN.

Lieber Onkel Menachim,

da haben wir den Salat ! Jetzt wollen auch noch die Syrer einen Atomreaktor bauen. Schon 1981 soll das Ding betriebsfertig sein. Vielleicht machen Deine F16 noch mal einen kleinen Ausflug, wie neulich in den Irak, als ihr den Osirak-Meiler zerlegt habt.

Saubere Arbeit war das, Menachim, da habt ihr wirklich hingelangt, alle Achtung. Leider hast Du jetzt überall Prügel bezogen für euren Irak-Besuch. Ich hoffe, Du lässt Dich dadurch nicht irritieren. Hier bei uns sind manchen Leuten von Begeisterung die Augen feucht geworden. Das waren nicht mal Atomkraftgegner. Von Empörung hier keine Spur.

Das war anders als wir's im Februar in Brokdorf versucht haben. 100.000 waren wir und haben's trotzdem nicht geschafft. Als Politrock, Chaoten und Berufsdemonstranten haben sie uns beschimpft. Sicherlich werden wir in der breiten Öffentlichkeit genausoviel Zustimmung finden, wenn wir ähnlich wie Du vorgehen. Wir treffen uns jetzt bald wieder zur Anti-Atom-Bundeskonferenz. Unser sehnlichster Wunsch wäre ja, wenn Du ein Referat über " Neue Techniken des praktischen Widerstands " halten könntest. Ganz lieb wäre, - ich wag's kaum auszusprechen - wenn Du uns mal einen von Deinen F16 borgst oder selbst mal einen Abstecher machen würdest. Tel Aviv - Kalkar und zurück. Der Brüter in Schutt und Asche. Was meinst Du, was der Helmut Schmidt sich ärgern würde ? Wo der doch Leutnant war bei der Nazi-Flak und Du den sowieso nicht riechen kannst. Na ? Überleg's Dir mal. Du weißt doch, der Widerstand muss international abgestimmt werden, nur gemeinsam werden



Da stand doch eben noch der Brüter ?